

DEUTSCHE BAUZEITUNG

Herausgeber: Regierungsbaumeister Dr. Ing. E. h. Fritz Eiselen und
Regierungsbaurat Rudolf Stegemann · Unter der Mitarbeit von Bartning,
Bestelmeyer, Elkart, Fahrenkamp, Heiligenthal, Mebes, Poelzig, Schumacher

Heft 1
Berlin
4. Januar 1933

AUFSTIEG ODER ABSTIEG?

Das ist die bange, entscheidende Frage, mit der die deutsche Wirtschaft und mit ihr die Bauwirtschaft, die uns besonders am Herzen liegt, in das Jahr 1933 eingetreten ist. Der Optimist wird sie anders beantworten als der Pessimist. Wir wollen vorweg bekennen, daß wir uns zu den ersteren rechnen, wenn auch die Entwicklung der letzten drei Jahre einen fortschreitenden Abstieg gezeigt hat, der durch wirtschaftliche Katastrophen, die nicht nur Deutschland in Mitleidenschaft zogen, zeitweilig beschleunigt worden ist. Wir erblicken in den noch schwachen Ansätzen zu einer Besserung der wirtschaftlichen Lage in den letzten Monaten des verflossenen Jahres den Keim zu einem Wiederaufstieg, der, wenn er pfleglich behandelt und nicht durch bedenkliche Experimente und Eingriffe in seiner Entwicklung gehemmt wird, langsam weiter wachsen und, wie wir hoffen, nicht wieder verkümmern wird.

1929 begann der gewaltige Abstieg der Bauwirtschaft. Die Stadt Berlin mußte sich durch das ins Ungeheure anwachsende Ausmaß an sozialen Aufgaben entschließen, fast sämtliche im Gange befindliche Bauten, auch die fast vollendeten, einzustellen. Stadt um Stadt mußte sich diesem Vorgehen anschließen, bis schließlich die staatlichen und städtischen Behörden den Beschluß faßten, bis 1934 keine Verwaltungsgebäude mehr in Angriff zu nehmen.

Der Einstellung der Bauten der öffentlichen Hand folgte der Industriebau, der bisher in Auswirkung der Umstellungen und der Rationalisierung in der Nachkriegszeit und durch die Exportförderung ein reiches Arbeitsfeld durch Erweiterungs- und Neubauten geboten hatte.

Schließlich wurde bei diesem Absturz auch der Wohnungsbau mitgerissen, der unter staatlicher Förderung und Kontrolle durch die Hauszinssteuer bisher großgezüchtet, vielleicht überzüchtet wurde und dem dieser befruchtende Quell in immer stärkerem Maße bis zum fast völligen Versiegen abgegraben worden ist.

Die freie Bauwirtschaft, die vor dem Kriege die Bedürfnisse des Wohnungsbaues, wenn auch in anderer Form, fast allein bewältigt hatte, und die in der Nachkriegszeit dann durch die staatlichen, nicht allein durch wirtschaftliche Notwendigkeiten begründeten Maßnahmen so gut wie ausgeschaltet war, konnte diese Aufgabe aus

eigener Kraft noch nicht wieder übernehmen. So stand die freie Bauwirtschaft Mitte 1932 auf einem Trümmerfeld. Die bereits 1931 eingeleiteten, an sich begrüßenswerten Bestrebungen der Reichsregierung — Ausbau der ländlichen Siedlung, Stadtrandsiedlung —, die mit ihren Vorschriften und Maßnahmen aber umstritten sind, konnten der Bauwirtschaft bisher keinen Ausgleich für das Verlorene bieten. Der weitere Ausbau dieser neuen Gedanken, die Unterstützung, die jetzt endlich auch der Unterhaltung und wirtschaftlichen Umgestaltung der Altwohnungen zugewendet werden sollte, die Förderung des kleinen Eigenheims, die Bewilligung von — wenn auch noch unzureichenden — Mitteln für lebenswichtige Bauaufgaben der öffentlichen Hand, vor allem aber auch die — wenn auch spät einsetzende — Erkenntnis, daß ein Wiederaufstieg nur durch eine wieder gekräftigte freie Wirtschaft möglich ist, lassen aber für das Jahr 1933 neue Hoffnungen zu.

Auch auf dem Gebiete der Verwaltungsreform, seit Jahren zwar viel besprochen, aber nie in die Tat umgesetzt, hat das Ende des Jahres 1932 gewisse Fortschritte gebracht, die auch der Bauwirtschaft zugute kommen. Die Verwaltungsvereinfachung im Reich und in Preußen, namentlich auch durch teilweise Beseitigung der Vielheit der Ministerien, die in der schöpfungsfrohen Nachkriegszeit aus der Erde geschossen waren, kann, selbst wo es sich um scharfe Einschnitte handelt, an sich nur begrüßt werden. Die Art, wie diese Vereinfachung durchgeführt worden ist, erfüllt jedoch zum Teil mit schwerer Sorge. Es darf nicht vergessen werden, daß in der Nachkriegszeit hauptsächlich durch das Bauwesen dem Reich und den Ländern eine Fülle neuer Aufgaben zugewachsen war. Bis zum Kriege verfügte eigentlich nur Sachsen über ein einigermaßen neuzeitliches Baugesetz, das jetzt wieder den neuesten Forderungen angepaßt worden ist. Die Aufgaben der Baupolizei umfaßten bei weitem nicht das, was wir heute für notwendig halten. Neben Städtebau und Landesplanung, deren Bedeutung erst in den letzten zwei Jahrzehnten in vollem Umfange richtig erkannt worden ist, nahm sich jetzt der Staat zum ersten Male des Wohnungs- und Siedlungswesens an. Auch die Wohnungsaufsicht ist eigentlich erst nach dem Kriege mit der notwendigen Schärfe zur Durchführung gekommen. Vor allem benutzten Reich und Länder zusammen mit den

Städten die Tatsache, daß seit 1918 praktisch im wesentlichen nur mit öffentlichen Mitteln Wohnungen gebaut werden konnten, um zum ersten Male eine aktive Wohnungs- und Siedlungspolitik zu treiben.

Alles das drängte geradezu zu einer möglichst umfassenden Vereinigung aller hier angeschnittenen Probleme in einer Hand. Statt dessen hat man sowohl im Reich und noch gründlicher in Preußen diese zusammengehörigen Aufgaben auseinandergerissen, wobei, durch ihre Überweisung auch an neue Bearbeiter, außerdem die in langen Jahren gesammelten wertvollen Erfahrungen im guten und schlechten Sinn kaum zu entsprechender Wertung kommen werden. Es muß die Hoffnung ausgesprochen werden, daß durch ähnliche mehr oder weniger schematische Vereinfachungen der Bauwirtschaft nicht noch weiterer Schaden zugefügt wird.

Angesichts dieser Wirtschafts- und Verwaltungsfragen ist es verständlich, daß es um die Fragen der Baugestaltung, um die noch vor einigen Jahren so heiß gestritten wurde, wieder stiller geworden ist. Es wird wieder weniger mit Schlagworten als durch die Tat gearbeitet, so spärlich auch heute dem Architekten noch Aufgaben zufließen. Daß ein wiedereinsetzender, sich auf die Werte des eigenen Landes besinnender Nationalismus uns dabei von manchen vom Ausland übernommenen Verstiegenheiten befreit hat, ist nur zu begrüßen. Wir behandeln im übrigen die grundlegenden Fragen der Baugestaltung unserer Zeit in zwei Abhandlungen dieses Heftes.

Noch etwas Erfreuliches ist zu buchen. Trotz aller Hemmungen, trotz des Fehlens aller großen Aufgaben hat die deutsche Bauwirtschaft, vor allem auch die deutsche Baustoffindustrie gezeigt, daß sie den Mut nicht verliert, daß sie die erzwungene Ruhepause zu nutzen versteht, um sich mit dem Problem des neuen Bauens auseinanderzusetzen. Ein Zeichen dafür war die stark besuchte Versammlung des „Deutschen Ausschusses für wirtschaftliches Bauen“ im Herbst 1932. Aus der früher so viel belächelten Periode der Spar- und Ersatzbauweisen hat sich in folgerichtiger Entwicklung, die planmäßig von einer ganzen Reihe namhafter Fachleute in zwölf Jahren aufgebaut worden ist, nach und nach eine völlige Umschichtung und Neugestaltung ergeben. Das gilt sowohl vom Ziegelbau wie von den Bauweisen in Stahl, Zement und Holz, die in erfreulichem Wettstreit den neuen Anforderungen an Wärme und Schallschutz und nicht zuletzt an Wirtschaftlichkeit gerecht zu werden suchen. Gefördert wurde dieses alles durch die planmäßige Zusammenarbeit bauwissenschaftlicher und bauwirtschaftlicher Verbände, die sich unter Führung des Deutschen Ausschusses für wirtschaftliches Bauen zu einer umfassenden Arbeitsgemeinschaft zusammenfanden.

Wenn man das Jahr 1932 abschließt, so bleibt auf der einen Seite ein Trümmerfeld von ungeahntem Ausmaß, aber auf der anderen Seite der erfreuliche Beweis der inneren Kraft der Bauwirtschaft, ein ständiges Bereitsein, die Arbeit wieder aufzunehmen, ein fester Wille, sich nicht werfen zu lassen. Allerdings steht daneben auch die Erkenntnis, daß die freie Wirtschaft sich in der Nachkriegszeit allzusehr hat an die Wand drücken und regieren lassen, daß es vielfach am Führerwillen gefehlt hat und daß man sich nicht wundern darf, wenn heute, wo man von der Regierungsseite aus das Bauwesen über die Privatwirtschaft wieder beleben will, allzu viele Voraussetzungen dafür fehlen, um einen raschen Erfolg zu gewährleisten. Aber das ist ein Zustand, den der alte Frontsoldat durch Jahre schwerer Kriegszeit gekannt hat und mit dem er sich doch immer wieder abfinden mußte, weil es ihm klar war, daß es im entscheidenden Augenblick nicht so sehr auf die Weisheit ankäme, die ihm von rückwärts zuflog, als auf seinen eigenen Willen, seine eigene Entschliebung und seine eigene Handlungsfreudigkeit.

Und das mag auch die Richtlinie bilden, die wir uns für das Jahr 1933 setzen möchten. Die Baufront, d. h. die Bauwirtschaft in ihrer Gesamtheit, muß zu der Erkenntnis kommen, daß von oben her nichts oder doch nicht allzuviel erwartet werden kann, wenn sie sich nicht selbst im Interesse der Allgemeinheit Aufgaben und Ziele stellt, wenn sie nicht selbst die Führung übernimmt und der Regierung ihren Willen aufzwingt. Hier hat es nach vielen Seiten am wichtigsten gefehlt. Mit schönen Kundgebungen unter dem Motto: „Bauen tut not“ ist es nun einmal nicht zu schaffen; derartige „Willensäußerungen“ werden im allgemeinen „zur Kenntnis genommen“. Die freie Wirtschaft, die so oft im letzten Jahrzehnt die Forderung stellte, mehr herangezogen zu werden, hat jetzt die Möglichkeit, wieder zu führen. Voraussetzung dafür ist aber, daß sie wirklich die Führer hat, die in der Lage sind, alle in Frage kommenden Kräfte zusammenzufassen und vor allem ein wirklich brauchbares Arbeitsprogramm durchzuführen. Vor allem muß sie es verstehen, für dieses Programm das Vertrauen der Allgemeinheit zu gewinnen, das unserer Regierung heute leider noch immer fehlt; ein Vertrauen, das wieder dazu führt, auch das gehortete Geld flüssig zu machen und in die Adern der Wirtschaft fließen zu lassen.

Aufstieg oder Abstieg? Vor diese entscheidende Frage dürfte uns das Jahr 1933 stellen. Hoffen wir, daß die deutsche Bauwirtschaft in ihrer Gesamtheit die Zeichen der Zeit erkennt. Auf welchem Wege das große gemeinsame Ziel zu erreichen ist, welche Voraussetzungen und Forderungen dazu erfüllt werden müssen, das möge aus der kurzen Stellungnahme von maßgebenden Persönlichkeiten des Bauwesens und der Bauwirtschaft hervorgehen, denen wir nachstehend das Wort geben.

Die Herausgeber

WAS FORDERT DAS BAUFACH FÜR 1933 ?

Reichsarbeitsminister Dr. Syrup

Die vordringliche und vornehmste Aufgabe des Reichsarbeitsministers ist heute, im engsten Zusammenwirken mit dem neu eingesetzten Reichskommissar die Arbeitslosigkeit möglichst einzudämmen und durch Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten den Arbeitslosen frischen Lebensmut zu geben. Nach meiner bisherigen beruflichen Vergangenheit liegt mir diese Aufgabe ganz besonders am Herzen.

Der Bauwirtschaft fällt im Rahmen aller Arbeitsbeschaffungsprogramme eine besondere Rolle zu. Hat sie doch nach Schätzung namhafter Nationalökonomien in normalen Zeiten ein Sechstel bis ein Siebtel der Gesamtbevölkerung Arbeit und Brot gegeben, während im ganzen Jahre 1932 drei Viertel aller Bauarbeiter arbeitslos geblieben sind. In der Erkenntnis dieser Zusammenhänge haben schon die bisherigen Arbeitsbeschaffungsprogramme erhebliche Summen für die verschiedensten Zweige der Bauwirtschaft vorgesehen. Ohne hier eine ermüdende Aufzählung bringen zu wollen, verweise ich auf den Straßenbau, Bau der Wasserstraßen, Meliorationen, landwirtschaftliche Siedlung, Hausreparaturen, die Teilung von Großwohnungen, den Eigenheimbau und die Stadtrandsiedlung.

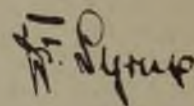
Von diesen Maßnahmen haben diejenigen, die das engere Gebiet des Wohnungs- und Siedlungswesens betreffen, sich besonders günstig ausgewirkt. Das gilt namentlich für die vom Reich bewilligten Zuschüsse für die Instandsetzung von Altwohnungen, für die Teilung von Großwohnungen und den Umbau gewerblicher Räume in Wohnungen. Gerade diese Aktion hat sich sehr schnell eingespielt. Hausbesitz und Handwerk haben in dankenswerter Weise das ihrige zur Erreichung des gesteckten Zieles beigetragen, so daß heute die bereitgestellten 50 Millionen RM fast restlos vergriffen sind. Da es sich bei den Hausreparaturen und Wohnungsteilungen um Arbeiten handelt, die auch im Winter durchgeführt werden können, die gerade dem kleinen und mittleren Gewerbe Anregung geben und ferner wertvolle Teile des deutschen Volksvermögens der Wirtschaft erhalten, hat das Reichskabinett zu meiner Freude bereits grundsätzlich beschlossen, weitere 50 Millionen RM zur Fortsetzung der Aktion auf der bisherigen Grundlage bereitzustellen.

Ein kaum minder freudiges Echo haben die Maßnahmen des Reichs zur Förderung des Eigenheimbaues gefunden, wofür bis jetzt 20 Millionen RM bereitstehen. Der Zug zum Eigenheim und der Wille, die verlorene Fühlung mit dem Heimatboden wieder zu gewinnen, ist in weiten Kreisen der Bevölkerung so stark, daß eine sehr lebhaft nachgefragte Reichsbaudarlehne für Eigenheime eingesetzt hat. So kann man annehmen, daß bei Eintritt günstigen Bauwetters der Bau von Eigenheimen in immerhin nennenswertem Umfange in Angriff genommen werden kann. Ich hoffe, daß sich Wege finden lassen, um auch die Eigenheimaktion weiter fortzuführen und wenn möglich auf eine breitere Grundlage zu stellen. Das gleiche gilt von der Stadtrandsiedlung für Erwerbslose. Der Gedanke, Arbeitslose in kleinen Häuschen mit Landzulage am Rande der Großstädte anzusiedeln und sie dadurch krisenfester zu machen, hat anfangs sehr viel Kritik gefunden. Man kann aber wohl sagen, daß jetzt in der Praxis die bejahenden Stimmen weitaus

überwiegen. Vor allem wird der außerordentlich günstige psychologische Effekt der Stadtrandsiedlung von allen Seiten anerkannt.

Freilich darf sich die Bauwirtschaft bei der Lage der Reichsfinanzen und der Verfassung des Kapitalmarktes keinen allzu großen Hoffnungen für die nächste Zukunft hingeben. Der Bauwirtschaft bleiben aber auf allen Gebieten noch so viele Aufgaben zu lösen, daß auf längere Sicht mit einer Wiederbelebung des Baumarktes sicher zu rechnen ist. Auch im eigentlichen Wohnungswesen ist noch viel zu tun. Noch immer ist eine sehr starke Nachfrage nach Kleinwohnungen vorhanden, die nicht befriedigt werden kann, und früher oder später muß auch die Beseitigung der menschenunwürdigen Elendsquartiere in Angriff genommen werden.

So braucht die Bauwirtschaft den Mut nicht sinken zu lassen. In der deutschen Volkswirtschaft kann es, das ist meine feste Überzeugung, nur aufwärts gehen, wenn auch auf dem Baumarkt die fleißigen Hände nicht mehr länger zur Untätigkeit verurteilt sind. Was in meinen Kräften steht, hierzu beizutragen, soll gewiß geschehen! Daß das Jahr 1933 verheißungsvolle Anfänge einer Wiederbelebung bringen möge, ist mein aufrichtiger Wunsch.

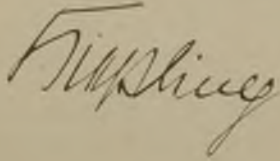


Ministerialdirektor Dr.-Ing. E. h. Kießling Preußische Hochbauverwaltung

Baugewerbe und Baukunst wissen dem Jahre 1932 wenig Dank. Die Baufirmen liegen am Boden, die Handwerker verlernen ihr zünftiges Können, und die Architekten verbringen ihre unfreiwillige Muße mit tiefgründigem, aber brotlosem Streit über Stil- und Weltanschauungsfragen. Wird das Jahr 1933 auch dem Hochbau die alles befriedigende und beruhigende Arbeit bringen? — Alle Vorbereitungen sind getroffen: Die besten Baumethoden sind erforscht, der kleinste Grundriß ist gefunden, der wirtschaftlichste Städtebau ist so gründlich erfaßt, daß zwischen den Zeilen schon die Langeweile lauert, und in Staat und Stadt sind durch die harten Sparmaßnahmen der letzten Jahre zwingende Baubedürfnisse angelaufen. Aber auch im neuen Jahre werden, soweit öffentliche Mittel zur Arbeitsbeschaffung in Frage kommen, Meliorationen, Erdbewegungen und ähnliche Arbeitsgebiete der Errichtung von Bauten vorgezogen werden, denn im Hochbau stecken zwar nicht viel geringere, aber sehr verzweigte Anteile an Arbeit. Wohl denkt der Preussische Staat daran, wenigstens seine stillgelegten öffentlichen Bauten fortzusetzen, aber er wird sich dabei vorläufig in sehr engen Grenzen halten müssen. Die Erweiterung dieser Grenzen wäre eine wirksame Hilfe für das Baugewerbe, dessen Notlage auch diese Art von Vorgriff auf bessere Zeiten rechtfertigen würde.

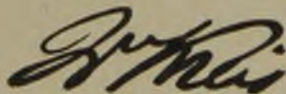
Schließlich ist Bauen mehr noch als Arbeitsbeschaffung. Es nährt und bildet Arbeitskräfte von besonderem Wert. Ist es nicht Verlust an Volksgut, wenn gelernte Handwerker zum Spaten greifen müssen? In der höchsten Not mag auch das verlangt werden. Aber wir hoffen, nun die schlimmsten Leiden überwunden zu haben, und er-

warten vom Jahre 1933, sehr bescheiden, die ersten Anzeichen des langsam beginnenden Anfangs vom Aufstieg.



**Professor Dr.-Ing. E. h. Kreis
Bund Deutscher Architekten**

Es ist heute wahrlich am Platze, das Gewissen aller auf die Notwendigkeit zu lenken, in dieser Zeit der Verwirrung der Begriffe die Würde des deutschen Volkes und seiner Geschichte zu achten und seine geistigen Werte zu erhalten und nicht verkümmern zu lassen, vor allem auch nicht im Bauschaffen. Es geht nicht an, zu erklären, die einfachen kleinen Bauten in Stadt und Land erübrigten keine Mittel für die Mitarbeit des Architekten und er sei bei ihrer Planung und Überwachung überflüssig. Keine Armut darf heute die Verantwortung vor der Zukunft unserer Stadt- und Landgestaltung verschleiern. Es gibt keine Entschuldigung für die Sünden gegen unsere Heimatbilder, die ohne Mitwirkung der Architekten bei der Planung in Stadt und Land geschehen. Wir rufen daher alle auf, überall, wo gebaut werden soll, darauf zu dringen, mit der weiteren Verschandelung des deutschen Landes aufzuhören. Wir sprechen nicht deshalb von der Notwendigkeit des Einsatzes unserer freien Architekten für alles, was heute noch gebaut werden soll, obgleich Grund genug dafür wäre, weil die gegenwärtige Notlage der freien Berufe ihren Gipfel in der fast vollkommenen Beschäftigungslosigkeit der freien Architekten erreicht hat, sondern da es um die Kultur des Volkes, das man einstmals das der Denker und Dichter genannt hat, geht. Es ist die Pflicht der Regierungen, der Städte und aller Körperschaften, die bauen wollen und müssen, für jede sich ergebende Gelegenheit, auch für die Vorbereitung von Bauabsichten, aus der freien Architektenschaft die geeigneten Kräfte heranzuziehen. Es gilt dies besonders auch für die Stadt- und Landplanungen und jetzt bei dem großen Siedlungsplan der inneren Kolonisation. Die Mitwirkung der Architekten ist unentbehrlich, und deshalb hoffe ich, daß das kommende Jahr nicht allein diese Überzeugung allen bringt, sondern daß mit Hilfe des Einsatzes so vieler freien Kräfte, die sich anbieten, das große Siedlungswerk endlich in richtige Bahnen geführt wird. Der freie Architekt und seine Organisation, der „Bund Deutscher Architekten“, stellen sich für jede Mitarbeit zur Verfügung.



**Dr.-Ing. E. h. Dr. jur. Kämper
Deutsche Bau- und Bodenbank A.-G.**

Es sind zwei Jahre vergangen, seit ich an dieser Stelle darauf hinweisen konnte, daß die deutsche Bauwirtschaft von den Auswirkungen der Gesamtkonjunktur auf das schwerste in Mitleidenschaft gezogen werden müsse, und daß jede krisenhafte Störung in der Industrie oder im Gewerbe und nicht weniger jeder Verfall der öffentlichen Finanzen auch den Verfall der Bauwirtschaft nach sich ziehen müsse. Die verflossenen zwei Jahre haben in dieser Beziehung die schlimmsten Erwartungen übertroffen. Zu der Produktionskrise und der Erschütterung der öffentlichen Finanzwirtschaft traten in diesen Jahren die Auswirkungen einer teils sich zwangsläufig ergebenden, teils aber auch planmäßig herbeigeführten Deflation.

In dem gleichen Ausmaße, wie der Wert des Geldes gesteigert wurde, verringerten sich auf der anderen Seite die Werte des Grund und Bodens und der Baulichkeiten aller Art. Was in diesen verflossenen Jahren an mühsam erspartem Eigenkapital der Bauherren, an schwer erungenem Betriebskapital der Bauunternehmer, an Hauszinssteuerdarlehen der öffentlichen Hand und an sonstigen Realkreditmitteln verlorengegangen ist, ist unübersehbar und entzieht sich jeder statistischen Erfassung.

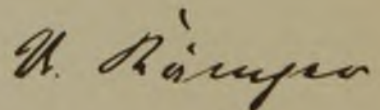
Was muß geschehen, um auf diesem Trümmerfelde ein neues Fundament für die Entwicklung der deutschen Bauwirtschaft zu legen? Drei Vorbedingungen sind zu erfüllen, wenn die Bauwirtschaft wieder zur Gesundheit kommen soll:

1. Man schütze die private Wirtschaft vor allen willkürlichen gesetzlichen Eingriffen, die geeignet sind, den feinen Kreditmechanismus, den sie sich geschaffen hat, zu erschüttern. Man gebe ihr jene Stabilität, die wir in der Inflations- und Deflationsperiode verloren haben, damit eine Wiederbefestigung aller Werte stattfinde. Man schütze sie insbesondere vor den schlimmen Auswirkungen von Lohnkämpfen und politischen Beunruhigungen. Arbeit und Brot wird nicht auf dem blutigen Kampffelde deutscher Zwietracht erworben, sondern nur im friedlichen Wettstreit gesunder wirtschaftlicher Kräfte.

2. Man schaffe Ordnung in den öffentlichen Finanzen, insbesondere in den Haushalten der Kommunen. Allzu lange hat sich schon die Regelung des Finanzausgleichs verzögert. Wenn die städtischen Haushalte nicht mehr von der Sorge um die Mittelbeschaffung für den nächsten Tag beeinflusst sind, und wenn die Kommunen wieder in die Lage gesetzt werden, auf weite Sicht zu disponieren, so werden auch der deutschen Bauwirtschaft insbesondere auf dem Gebiete des Tiefbaues Aufträge zufließen, die unter dem Druck der jetzigen Finanzmisere immer wieder zurückgestellt werden mußten.

3. Aber auch dann, wenn es gelingt, die beiden genannten Vorbedingungen zu erfüllen — es ist ein weites Feld bis dahin —, wird zur Erleichterung der schwersten Not der Gegenwart ein Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches auf Jahre hinaus geplant und durchgeführt werden müssen. Es bilde einen Ausgleich für diejenige Zeit, in der Privatwirtschaft, Kommunen und Kommunalverbände noch zu schwach zur Erfüllung solcher Aufgaben sind, die sie in besseren Zeiten ohne Bedenken erfüllen könnten. Bäuerliche Siedlung und Kleinsiedlung, Wasser- und Straßenbauten, Instandsetzungen und Umbauten von Altwohnungen, Meliorationen, Eisenbahnbauten, Verbesserung von Licht- und Kraftversorgungen seien der Inhalt eines solchen Programms.

Am Ende des alten Jahres steht die schwache Hoffnung auf eine Besserung der Gesamtwirtschaft; möge das neue diese Hoffnung nicht zuschanden werden lassen, sondern zu schöner Erfüllung bringen.

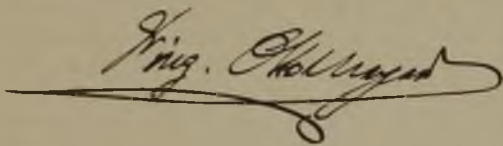


Kommerzienrat Dr.-Ing. E. h. Meyer, Reichsverband Industrieller Bauunternehmungen E. V.

Das Jahr 1932 hat der Bauwirtschaft neue schwere Wunden geschlagen. Sie ist stärker von der Krise betroffen als alle anderen Wirtschaftszweige; denn fast ein Viertel der Gesamtarbeitslosenzahl in Deutschland entfällt allein auf die Bauwirtschaft. Der Herr Reichskanzler hat in seiner Rundfunkrede vom 15. Dezember die Beschaffung von Arbeit als den einzigen Programmpunkt

der jetzigen Reichsregierung bezeichnet. Er hat ferner erklärt, daß die öffentlichen Arbeiten, die in Gang gesetzt werden sollen, nicht in eigener Regie ausgeführt, sondern an Unternehmer vergeben werden sollen. Die Bauunternehmer begrüßen das Programm der Reichsregierung. Es kann aber nur dann zur Wiederaufrichtung des am Boden liegenden Gewerbes beitragen, wenn es mit größter Beschleunigung durchgeführt wird, und wenn gleichzeitig auch bei den Arbeiten, die nicht unter das besondere Arbeitsbeschaffungsprogramm fallen, die immer mehr zunehmende Verdrängung durch Regiearbeit, Pflichtarbeit der Erwerbslosen und freiwilligen Arbeitsdienst gemildert wird. Die Arbeitsbeschaffung darf nicht dazu führen, daß zunächst die dringenden laufenden Arbeiten aus den Etats gestrichen werden, um dann als Objekte für die Arbeitsbeschaffung wieder zu erscheinen. Das Erfordernis der Zusätzlichkeit muß gewahrt bleiben, sonst besteht die Gefahr, daß trotz des „Arbeitsbeschaffungsprogramms“ im kommenden Jahre nicht mehr, sondern weniger gebaut wird als 1932.

Das Baugewerbe hat das größte Interesse daran, daß die Gesamtwirtschaft — zu der aber auch die öffentliche Wirtschaft zu zählen ist — angekurbelt und in die Lage versetzt wird, Bauaufträge zu erteilen. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn der Kapitalmarkt sorgfältig gepflegt, die Verbindung zwischen Geld- und Kapitalmarkt erleichtert und damit auf natürlichem Wege der Kapitalzinsfuß gesenkt wird. Die möglichen Einzelmaßnahmen dürfen nicht aufgeschoben werden. Erste Voraussetzung hierfür ist allerdings das Vertrauen und die Aussicht auf ungestörte, von Zwangseingriffen verschonte wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeit. Nicht nur der Kreditgeber, sondern auch der Kreditnehmer muß sich darauf verlassen können, daß der Bauentschluß, der doch nur auf lange Frist überlegt werden kann, in Erwartung eines dauernden Nutzens planmäßig durchgeführt werden kann.



Regierungsbaurat Stegemann Leipziger Baumesse G. m. b. H.

Wenn man an leitender Stelle der Leipziger Messe steht, — einer Zusammenballung der gesamten deutschen Industrie, ganz einerlei welcher Sparte sie angehören mag — und im letzten Jahre immer wieder feststellen mußte, wie Werk um Werk seine Arbeit einschränkte oder gar stilllegte, dann konnte einem die große Mutlosigkeit ankommen und der Glaube an einen Wiederaufbau verloren gehen.

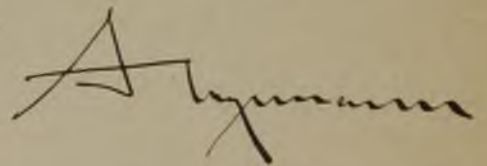
Aber gerade anlässlich der letzten Leipziger Frühjahrsmesse kam der ungeheure Lebenswille und die Lebenskraft, die trotz aller Not in unserer Wirtschaft steckt, wieder zum Ausdruck. Man wird es verstehen, daß die Leitung der Baumesse zu Anfang des Jahres mit einem gewissen Bangen an die Vorbereitungen für die Frühjahrsmesse ging; waren doch beinahe alle Bauaufgaben verschwunden, und selbst hinsichtlich der geringen Mittel, die theoretisch in den Etats des Reiches und der Länder vorgesehen waren, konnte man schon von vornherein sagen, daß voraussichtlich auch hier infolge der schlechten Steuereinnahmen mit einer weiteren erheblichen Schrumpfung zu rechnen war. Es war begreiflich, daß unter diesen Umständen breite Kreise die Auffassung hatten, daß eine Frühjahrs-Baumesse 1932 überhaupt nicht zustande kommen könne. Um so größer war die Überraschung, als sich in den Hallen der Baumesse fast

die gesamte alte Ausstellerschaft wieder zusammenfand und als die große bauwirtschaftliche Tagung unter der Leitung maßgeblicher Fachverbände einen Rekordbesuch aufwies.

Wo lag nun das Geheimnis dieser Überraschung? Zum Teil wohl in der Hoffnung jedes einzelnen, doch noch etwas von den geringen zur Verfügung stehenden Aufträgen zu erlangen, zum großen Teil wohl aber aus dem Gefühl heraus, daß man sich zusammenfinden müsse zu einheitlichem Vorgehen, doppelt zusammenfinden, weil das Jahr 1932 unzweifelhaft einen Wendepunkt für die ganze Bauwirtschaft bedeuten würde.

Immer mehr hat sich die Erkenntnis durchgerungen, daß man im Bau- und Wohnungswesen künftig so gut wie nichts vom Reich und von den Ländern erwarten kann. Die Zeit der Baukostenzuschüsse, in welcher Form es auch sei, wird für immer vorüber sein. Es werden höchstens für bestimmte Siedlungsfragen geringe Mittel zur Verfügung stehen, außerdem verhältnismäßig beschränkte Mittel in der Art, wie sie schon jetzt für die Instandhaltung von Wohnungen bewilligt wurden, als Anreiz dazu, das eigene gehortete Geld wieder in Umlauf zu bringen. Gerade in dieser Maßnahme sehen wir vielleicht den Angelpunkt der ganzen Frage. Wir werden uns darauf besinnen müssen, daß die Bauwirtschaft der Vorkriegszeit nicht nur ein Schlüsselgewerbe war, sondern daß sie ihr Schicksal selbst in den Händen hielt, indem sie neben der Durchführung der Bauaufgaben gleichzeitig in vieler Hinsicht der finanzielle Träger war und sein konnte, weil die große Masse unseres Volkes Vertrauen zu ihrer Führung hatte und geneigt war, seine Spargelder im Hausbesitz anzulegen.

Jetzt gilt es, dieses Vertrauen wiederzugewinnen, was aber sicher nur möglich ist, wenn alle an dieser Frage beteiligten Kreise der freien Wirtschaft sich zu einer Einheitsaktion zusammenfinden und sich in enger Verbindung mit den beteiligten Geldinstituten auf ein Programm einigen, das unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse wirklich durchführbar ist. Das heißt also mit dürren Worten, daß sich die Bauwirtschaft wieder auf ihre Führerrolle besinnen muß, die sie in früheren Zeiten gehabt hat und die sie nicht nur verloren hat, weil die Verhältnisse stärker waren, sondern weil man sich nicht immer genügend der großen Macht bewußt war, die in der Bauwirtschaft lag, vorausgesetzt, daß sie sich hinsichtlich des Zieles und der Durchführung der Aufgabe einigte und alle tatsächlich im Hinblick auf das Ganze nicht so brennenden Fragen beiseite ließ. Heute erwartet man, daß die freie Wirtschaft, die sich so oft früher beschwerdeführend zur Verfügung stellte, die Stunde erkennt und ihren alten Platz wieder einnimmt.



Dr. Meyer, Preußische Landespfandbriefanstalt

Die wirtschaftliche Notlage hat zwangsläufig eine wesentliche Einschränkung der Bautätigkeit auf dem Gebiet des Wohnungsneubaues zur Folge gehabt. Die verminderte Kaufkraft breiter Volksschichten hat zu einem starken Rückgang der Nachfrage nach neuem Wohnraum geführt. Die Lage auf dem Kapitalmarkt hat zudem seit Mitte 1931 die Bereitstellung der erforderlichen Finanzierungsmittel unmöglich gemacht.

Dieser Zustand wird keine Dauererscheinung sein. Mit Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage wird wieder

Bedarf an neuen Wohnungen auftreten, weil die neu gegründeten Haushaltungen Unterkunft benötigen, und weil Ersatz für den nicht mehr benutzbaren Wohnraum geschaffen werden muß. Infolge der eingetretenen Einkommensverminderung wird sich der Bedarf hauptsächlich auf kleinere und billigere Wohnungen erstrecken. Im Interesse einer gesunden Bevölkerungsverteilung werden in Zukunft der Bau von Wohnungen auf dem Lande und die Errichtung von Eigenheimen mit Gartenland einen größeren Raum als bisher einnehmen müssen. Für den Umfang und die örtliche Verteilung der Neubautätigkeit muß vor allem auch die Erhaltung und Ausnutzung des vorhandenen Wohnraumes, der einen erheblichen Teil des deutschen Volksvermögens darstellt, maßgeblich berücksichtigt werden.

Voraussetzung für jede künftige Wohnungsbautätigkeit ist die Sicherung der Rentabilität der zu erstellenden Wohnungen. Mit der Senkung des Baukostenindex auf die Höhe des allgemeinen Kostenindex wird eine Voraussetzung hierfür erfüllt. Erforderlich ist weiterhin, daß die benötigten Finanzierungsmittel zu tragbaren Bedingungen zur Verfügung stehen. Der Fortfall der bisher in erheblichem Maße gewährten öffentlichen Mittel zwingt zu einer stärkeren Heranziehung des Eigenkapitals der Bauherren und zur Aufbringung auch des nachstelligen Hypothekenskapitals aus dem freien Kapitalmarkt. Hierfür ist erforderlich, daß rechtzeitig planmäßig die Grundlagen einer Organisation des nachstelligen Realkredits geschaffen werden. Der Mangel an ausreichender Immobiliarsicherheit der nachstelligen Beleihungen muß durch eine allgemein anerkannte Zusatzsicherung ausgeglichen werden. Mit Bürgschaften von Staat und Gemeinden wird man in Zukunft nicht rechnen können und dürfen. An deren Stelle wird die Einschaltung einer Bürgschaftssicherungsanstalt als Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts in Vorschlag zu bringen sein, wie sie für Preußen durch Errichtung der Preußischen Wohnungskreditanstalt auf Grund der Verordnung vom 4. Mai 1932 geplant war. Zum Ausgleich etwaiger Risiken hat ein ausreichender Bürgschaftssicherungsfonds zu dienen, dem auch die für die Übernahme von Bürgschaften zu entrichtenden Beiträge zufließen. Es erscheint im Interesse der vom Staate zu fördernden Wohnungs- und Siedlungstätigkeit dringend erwünscht, für das Kapital einer derartigen Bürgschaftssicherungsanstalt und den Bürgschaftssicherungsfonds die Rückflüsse der in früheren Jahren gegebenen Hauszinssteuerhypotheken heranzuziehen.

Die Organisation des nachstelligen Realkredits ist eine Voraussetzung für die Heranziehung der Mittel des freien Kapitalmarkts. Oberstes Gebot für die Entwicklung des Kapitalmarkts aber ist: Schonende Behandlung und Schluß mit allen Eingriffen in die freie Entwicklung und die bestehenden Rechtsverhältnisse. Bei einer Entspannung der politischen und Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird dann die von allen Seiten als notwendig betrachtete Erleichterung der Zinslasten voraussichtlich schneller eintreten, als man nach der augenblicklichen Lage, die in erster Linie als ein Ausfluß der Unsicherheit und des mangelnden Vertrauens anzusprechen ist, annehmen wird.

Baurat Dr.-Ing. E. h. Bernhardt Deutscher Baugewerksbund

Ich fordere Arbeit. Die Bauarbeiter leben seit Jahren in furchtbarster Not. Folgende Zahlen zeigen ein erschreckendes Bild: Im Reichs- und Jahresdurchschnitt waren von den Mitgliedern des Deutschen Baugewerksbundes 1928 18,67 v. H., 1929 29,47 v. H., 1930 47,57 v. H., 1931 68,06 v. H. und 1932 bis Anfang November 81,98 v. H. arbeitslos. Durch persönliche Befragung unserer Mitglieder Ende Juni dieses Jahres wurde festgestellt, daß 76,6 v. H. der Mitglieder mehr als 1 Jahr und 21 v. H. = 74 000 mehr als 100 Wochen arbeitslos waren. Es feiern also hunderttausende Bauarbeiterhände; die bautechnischen Büros, die mit dem deutschen Facharbeiterstamm in aller Welt Höchstleistungen vollbrachten, verkümmern; Baustoffe lagern bergehoch; Maschinen und Geräte verrotten; Gerüstmaterial verfault — aber Kleinwohnungen fehlen, Millionen Menschen hausen in von Krankheitskeimen erfüllten Elendslöchern; das Nationalgut Altwohnungen zerfällt, der Zustand der Straßen und Brücken gefährdet immer mehr die Sicherheit des Verkehrs; viele andere Bauarbeiten, wie Schutz gegen Hochwassergefahr und Ausnutzung der Wasserkräfte, werden täglich dringender. Reich, Länder und Gemeinden haben die gemeinsame Pflicht, für Erhaltung oder Mehrung dieser volkswirtschaftlichen Güter zu sorgen, denn damit wird gleichzeitig erfolgsichernd die Kurbel am Wirtschaftsmotor in Schwung gebracht. Beispielsweise werden durch Bezug von Neuwohnungen tausenderlei Gegenstände aus dem Markt gezogen. Man breche die schlimmsten Altwohnviertel der Groß- und Mittelstädte ab und siedle die nach Licht und Luft hungrigen Menschen im Freien an. Man schaffe aber keine Gürtel behelfsmäßiger Armeleute-Siedlungen um die Städte, sondern baue diese Siedlungen so aus, daß die Siedler mit ihren Angehörigen des Lebens froh werden können. Gewähr dafür gibt allein die Ausführung durch fachlich Berufene (Unternehmer und Arbeiter des Baugewerbes). Die Instandsetzung der Altwohnungen muß mit dem Reichsmietengesetz erzwungen werden, denn hier könnten hunderttausende Bauarbeiter jahraus, jahrein beschäftigt werden. Die öffentliche Hand muß jede mögliche Erleichterung gewähren: Reichsgelder für Arbeitsbeschaffung sind besser als Hunderte von Millionen für Lohnprämien; Organisation eines nachstelligen Hypothekemarktes, Zinssenkungen, Steuerermäßigungen, Zuschüsse, Aussetzung der Hypothekentilgung, Entgegenkommen der Städte mit Baugelände u. a. m.

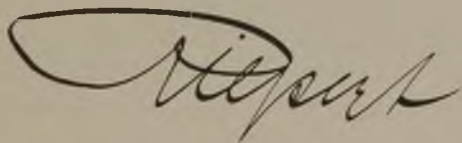
Nie war das Bauen so billig wie jetzt. Der Baukostenindex ist von 181 auf 118,7 und damit unter den Lebenshaltungsindex gesunken. Dazu kommen für den Bauherrn als sehr beachtliche Verbilligungschance die scharfe Konkurrenz der Unternehmungen untereinander und die Arbeitsleistungssteigerung der Arbeiter, die heute aus Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, das Letzte an Leistungsmöglichkeit hergeben. Deshalb und auch weil alle beruflichen und jahreszeitlichen Beschwerden des Saison- und Freiluftarbeiters in Rechnung zu setzen sind, darf keine weitere Veränderung der Löhne nach unten eintreten, denn diese liegen, als Wochenlöhne gesehen und auch im Vergleich zur Vorkriegszeit, bereits unter dem Lebenshaltungsindex. Die Ausführung aller Bauarbeiten muß im ordentlichen Arbeitsverhältnis zu Tariflöhnen geschehen. Schluß muß sein mit einer weiteren Verkümmern des baugewerblichen Arbeitsmarktes und einer behördlichen Förderung der Schwarzarbeit durch die verschiedensten Arten moderner Fronarbeit (Freiwilliger Arbeitsdienst, Fürsorgepflichtarbeit), und erst recht

muß Schluß sein mit dem fortwährenden Einbruch in die baugewerblichen Lohn- und Tarifrechte bei öffentlichen Notstandsarbeiten.



Baurat Dr.-Ing. Riepert Fachgruppe Steine und Erden

Wenn der Bauwirtschaft, wie weiland dem Till Eulenspiegel, der schon vom Geruch des guten Essens satt wurde, mit papierner Planung von Arbeitsbeschaffung zu helfen wäre — ja, dann hätte sie sich an den Hunderten von Projekten berufener und unberufener Stellen längst nicht nur gesättigt, sondern sogar heftig den Magen verdorben. Leider macht aber ihre Auszehrung immer weitere Fortschritte, und es steht zu befürchten, daß sie verhungert ist, ehe die Köche mit ihren komplizierten Gerichten fertig sind. Denn der Streit darüber, ob die Arbeitsbeschaffung von zentraler Stelle oder dezentralisiert, ob sie vom Reich oder von den Kommunen „aufzuziehen“ sei, hat nun wahrlich lange genug gewährt. Die Pläne der Ära Brüning konnten sich vom Papier nicht trennen, die Pläne des Papenkabinetts haben im Laufe eines halben Jahres ebenfalls nur sehr allmählich und stückweise praktische Gestalt angenommen. Die neue Reichsregierung bekennt sich zwar zur Arbeitsbeschaffung als ihrer Hauptaufgabe; aber kann man es der Bauwirtschaft verdenken, wenn sie, immer wieder vertröstet, skeptisch geworden ist? Erscheint es verwunderlich, wenn alle Kreise der Bauwirtschaft für die Arbeitsbeschaffung im neuen Jahr schlichtweg das eine wünschen: Vom Papier zur Tat! Dieser Hauptwunsch bringt manches andere mit sich: So wünschen die Baustoffindustrien, von gefährlichen Experimenten verschont zu bleiben. Weder wollen sie genötigt werden, Wohlfahrterwerbslose lediglich deshalb einzustellen, um die Kommunen zu entlasten, und gegen Gewährung der Wohlfahrtsunterstützung als Lohnzuschuß die so erzeugten Baustoffe künstlich zu verbilligen, noch wollen sie zu Regiebetrieben im Rahmen eines Arbeitsdienstes werden, der über seine natürlichen Grenzen hinausdrängt. Man gehe beherzt an die Aufgaben der Gegenwart, ohne darüber jedoch die der Zukunft zu vergessen. Auf die Dauer wird der Bauwirtschaft, wie immer wieder betont werden muß, nur zu helfen sein durch eine grundlegende Etatsreform in Reich, Ländern und Gemeinden, die den Sachausgaben gegenüber dem Verwaltungsaufwand wieder ihr Recht sichert.



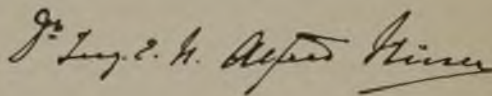
Dr.-Ing. E. h. Hüser, Deutscher Beton-Verein E. V.

Die wirtschaftliche Lage der Bauunternehmungen ist durch den anhaltenden Rückgang der Bautätigkeit trostlos geworden. Zu der eigenen Sorge, zu der Sorge um die durch die Wirtschaftsnot arbeitslos gewordenen Arbeiter, Techniker und Ingenieure tritt die Sorge um den technischen Nachwuchs. Dem jungen Diplomingenieur wie dem Techniker fehlt die Möglichkeit der praktischen Betätigung und der Fortbildung. Auch die wissenschaftliche Forschung im Bauwesen, die gerade dem Eisen-

betonbau eigen war und ihn groß gemacht hat, ist verkümmert. Wir brauchen diese Forschung, und wir müssen verhüten, daß uns das Ausland überflügelt.

Dem Baugewerbe hat man den Vorwurf gemacht, daß es in seinen Arbeitsmethoden rückständig sei. Für den Beton- und Eisenbetonbau trifft dies ganz bestimmt nicht zu. Davon zeugen die außerordentlichen Bauleistungen der vergangenen besseren Jahre. Dieser Vorwurf der Rückständigkeit verträgt sich übrigens schlecht mit dem weiter oft erhobenen Vorwurf, es seien beim Bauen zuviel Maschinen eingesetzt und dadurch viele Arbeiter entbehrlich geworden. Der Maschineneinsatz war zum größten Teil bedingt durch die fast überall geforderte Hast des Bauens. Die verlangten Massenleistungen konnten nur mit Maschinen bewerkstelligt werden. Der Eisenbetonbau kann es, was Schnelligkeit des Bauens anbetrifft, mit jeder anderen Bauweise aufnehmen. Trotzdem ist mein Wunsch für Zeiten besserer Bautätigkeit, daß das Bauen nicht überhastet werde. In keiner Bauweise werden die Bauten dadurch besser. Wie gebaut wird, soll nicht die Mode, sondern die Wirtschaftlichkeit bestimmen. Bei allen größeren Bauvorhaben sollte die Bauweise gewählt werden, die bei gleicher Güte und Zweckmäßigkeit die wirtschaftlichste ist. Daher ist zu fordern, daß alle in Frage kommenden Bauweisen zum Wettbewerb zugelassen werden. Nur so kann die Initiative der freien Bauwirtschaft lebendig werden. Grundlage des Bauens in Eisenbeton sind die Bestimmungen des Deutschen Ausschusses für Eisenbeton 1932. Es ist dringend erforderlich, daß sie zu Reichsbestimmungen werden, also von allen deutschen Ländern uneingeschränkt eingeführt werden. Das Lebelement des Beton- und Eisenbetonbaues ist der Zement. Blühen und Gedeihen der Zementindustrie ist mit dem Aufleben der Bautätigkeit aufs engste verbunden. Möge es der Zementindustrie gelingen, die Preise für die Normzemente herabzusetzen. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit des Beton- und Eisenbetonbaues am wirkungsvollsten heben und damit auch den Zementabsatz steigern, nicht zuletzt im Betonstraßenbau, der dadurch wettbewerbsfähiger würde.

Vor allem aber ist nötig, daß wieder mehr gebaut wird. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, nutzbringende Ingenieurbauten zu finanzieren. Auch die kleineren und mittleren Baubetriebe müssen an die Arbeit gebracht werden, und dies geschieht am wirkungsvollsten durch Arbeitsbeschaffung seitens der Kommunen, wie Kanalisationen u. dgl., also für Bauten, die auch ertragreich sind. Wenn man nach einem alten Wort die Kultur eines Volkes an seinen Bauten erkennt, so erkennt man die Not eines Volkes auch daran, daß nicht mehr gebaut wird. Bauen hilft die Not lindern.



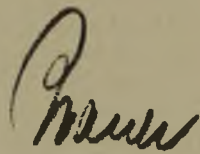
Major a. D. Brauer, Arbeitsgemeinschaft Holz

Belegung des Baumarktes ist Schlüssel und Beweis für eine allgemeine Wirtschaftsbelegung. Die Forderungen der Bauwirtschaft und der sie mit Rohstoffen beliefernenden Wirtschaftszweige sind deshalb mehr als privatwirtschaftliche Wünsche einer bestimmten Wirtschaftsgruppe. Die deutsche Forstwirtschaft, als Lieferer des Bau- und Werkstoffes Holz, darf mit besonderem Recht die Berücksichtigung ihrer Notlage fordern, denn eine weitere aus Absatznot bedingte Vernachlässigung der forstwirtschaftlichen Betriebsführung birgt für die Zukunft der Bauwirtschaft wie der Gesamtwirtschaft schwere Gefahren.

Die Not des Baumarktes läuft mit der Not der Forstwirtschaft gleich. 60 v. H. des erzeugten deutschen Nutzholzes werden im Baufach verwendet. Trotzdem die Holzpreise weitaus am tiefsten von allen Baustoffen gesunken sind — bis auf 75 v. H. des Friedenspreises für Kantholz — zeigen sich erst ganz leichte Anzeichen einer Besserung. Sie sollen nicht verkannt und unterschätzt werden; es gilt aber, sie zu einer tatsächlichen dauernden Belebung weiterzuentwickeln.

Der Wert des deutschen Holzes als Bau- und Werkstoff ist heute von den führenden Köpfen des deutschen Bauwesens klar erkannt, man kann vielleicht sagen „neu entdeckt“ worden. Besondere Wertschätzung findet der Holzbau im Siedlungswerk; er sollte hier — nicht wegen der Notlage der Forstwirtschaft, sondern wegen seiner erwiesenen technischen und wirtschaftlichen Überlegenheit — im Interesse des Siedlungswerkes gefördert werden.

Die Forderungen der Forstwirtschaft gehen dahin, daß dem deutschen Holz der Vorzug vor Auslandholz gegeben wird, da es nach Urteil aller maßgeblichen Baufachleute allen billigen Anforderungen gerecht wird, auch in der Innenausstattung der Häuser mit Fußböden, Treppen, Fenstern und Türen. Neben der durch die Forstwirtschaft zu betreibenden Aufklärungsarbeit am deutschen Volk sind straffe Durchführung und Überwachung der dankenswerterweise erlassenen Verfügungen zur Bevorzugung deutschen Holzes notwendig. Gelingt es, den Baumarkt zu beleben, so wird eine der Hauptvoraussetzungen erfüllt, den deutschen Wald als Tragpfeiler der deutschen Wirtschaft zu erhalten.



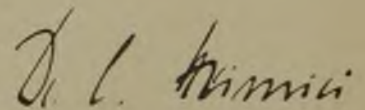
Staatssekretär a. D. Dr. Heinrich Bitumenindustrie

Als positiver Faktor in der Entwicklung des Jahres 1932 ist zu buchen die fortschreitende Erkenntnis von der Notwendigkeit, das ungeheure Heer der Arbeitslosen wieder in den Wirtschaftsprozeß einzuschalten. Die verdienstvollen Arbeiten des Reichswirtschaftsrates in den ersten Monaten des Jahres, die Aufstellung und Durchführung eines wenn auch bescheidenen Arbeitsbeschaffungsprogramms durch die Regierung Papen, die Einsetzung eines besonderen Reichskommissars für die Arbeitsbeschaffung durch die Regierung Schleicher sind Etappen auf diesem Wege. Ein tatkräftiges Weiterschreiten auf ihm erhoffen und erwarten wir für das neue Jahr.

Das wirksamste Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ist neben der Stärkung des Vertrauens in eine ruhige Weiterentwicklung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse eine unmittelbare Belebung der privaten Wirtschaft. Diese kann nach Lage der Verhältnisse nur durch große Aufträge der öffentlichen Hand erreicht werden, wie dies auch die Reichsminister Dr. Warmbold und Graf Krosigk in ihren bedeutsamen Ansprachen vor dem Hauptausschuß des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“ in den letzten Tagen erneut betont haben.

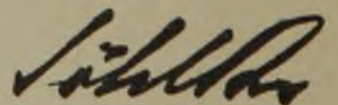
Die Hauptsorge bei der Auswahl solcher Aufträge der öffentlichen Hand muß sein, daß es sich um Arbeiten handelt, die einen volkswirtschaftlichen Nutzen für die Gesamtheit versprechen. Diese Voraussetzung erfüllt in hohem Maße der Ausbau des Straßennetzes; Arbeiten, die den weiteren großen Vorteil bieten, daß sie schon ohnedies zu den Aufgaben der öffentlichen Hand ge-

hören. Der Straßenbau hat bereits in dem Arbeitsbeschaffungsprogramm dieses Jahres eine große Rolle gespielt. Die Möglichkeiten, die er für den Ausbau und die Modernisierung der Straßen bot, waren um so willkommener, als die sonstigen Mittel nur knapp für den Unterhalt der Straßen ausreichten. Die Ankündigungen des Reichskanzlers von Schleicher lassen erhoffen, daß auch für 1933 hier Vorsorge getroffen wird durch Ermöglichung der Finanzierung des notwendigen Ausbaues. Auf diese Weise würden zahlreiche Arbeiter Beschäftigung finden können. In der Förderung des Straßenbaues verbindet sich in glücklichster Weise die Fürsorge für die Arbeitslosen mit der ebenso unerläßlichen Fürsorge für die Bedürfnisse des Verkehrs. Neben dem Straßenbau werden, wie wir hoffen, durch die durch das neue Arbeitsbeschaffungsprogramm zu eröffnenden Finanzierungsmöglichkeiten auch der sonstige Tiefbau und der Hochbau im neuen Jahr eine Belebung erfahren. Für alle diese Arbeiten liefert die Bitumenindustrie aus ihren deutschen Fabrikationsstätten wichtige Bau- und Isolierstoffe. Von der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms erhofft auch sie die Voraussetzungen für eine gedeihliche Weiterentwicklung im neuen Jahr.



Söhlke, Zinkwalzwerksverband m. b. H.

Wie zu erwarten war, ist auch der Zinklechabsatz im Jahre 1932 gegenüber den Vorjahren zurückgeblieben. Jedoch ist der Absatzrückgang ziffernmäßig bei weitem nicht so groß, wie die allgemeine Wirtschaftsschrumpfung oder gar der Rückgang der Bauwirtschaft namentlich in der ersten Jahreshälfte hätte erwarten lassen. Die Hauptursache hierfür sehe ich vor allem in dem gelungenen Versuch der Reichsregierung, die Ausbesserungs- und Umbautätigkeit durch Gewährung von Zuschüssen zu beleben. Zahlreiche Hausbesitzer haben sich bereit gefunden, ihrerseits 80 v. H. der Kosten zu tragen, wenn sie die restlichen 20 v. H. als Zuschuß erhielten. Rein materiell hat diese Maßnahme die Beschäftigung des deutschen Bauhandwerks und seiner Zulieferer belebt, wenn auch noch nicht erheblich und dauernd. Ausschlaggebend erscheint mir hierbei vor allem die psychologische Wirkung. Macht es doch den Eindruck, als ob schon ein geringer Anstoß hinreichte, um bei denjenigen, die noch über Baugelder verfügen, die Baulust zu stärken, um Baugelder ins Rollen zu bringen. Die Reichsregierung wird hieraus bei künftigen Entschlüssen ihre Folgerungen sowohl für Ausbesserungsarbeiten als für Neubauten ziehen müssen. Im übrigen ist wohl anzunehmen, daß die aufgewandten Beträge in irgendeiner Form als Ersparnis an Arbeitslosenunterstützung, als Mehrsteuerertrag u. a. wieder ihren Weg in den Staatssäckel zurückfinden.

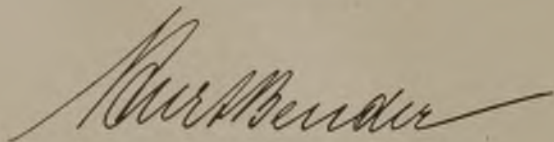


Bender

Verband der Deutschen Korkindustriellen E. V.

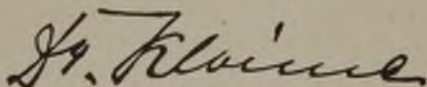
Die deutsche Korkindustrie, der sich durch bedeutende technische Fortschritte in der Kunstkork- und Isoliermittelherstellung eine erweiterte Verwendung eröffnet hat, ist an einer Belebung des Baumarktes wie der gesamten Bauwirtschaft besonders stark interessiert. Aufgabe der

Reichsregierung muß es sein, im kommenden Jahre die auch bei uns bemerkten schwachen Anzeichen zur Wiederkehr des Vertrauens durch eine ruhige und zielbewußte Politik zu stärken, um so die Voraussetzung zu schaffen für die Rückkehr des Vertrauens auf dem Binnenwie auf dem Weltmarkt. Damit wird auch zwangsläufig eine Belebung der Bautätigkeit verbunden sein, die unserer Branche die so notwendige Beschäftigung bringen möge. An der Schaffung von Zuversicht und einer optimistischeren Beurteilung der Verhältnisse mitzuarbeiten, ist Aufgabe aller in der Wirtschaft Tätigen, denn nur wer an sich selbst glaubt, wird Erfolg haben.



Dr.-Ing. E. h. Klönne, Stahlverarbeitende Industrie

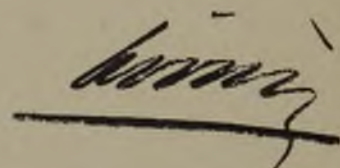
Fünf Millionen Deutsche, die der öffentlichen Fürsorge als Erwerbslose anheimfallen, und weitere Hunderttausende, die zur Kurzarbeit verurteilt sind, rufen nach Arbeit. Menschen ohne Zahl, die zum Nichtstun verurteilt sind, möchten ihre Hände rühren. Sie tragen nicht nur körperliche Entbehrungen, sie leiden seelische Not. Sie wollen nicht Almosenempfänger sein, sie wollen ihren Unterhalt verdienen. Sie sträuben sich mit aller Kraft dagegen, von der Wirtschaftskrise zu Nichtstun gestempelt zu werden. Noch sträuben sie sich. Wie lange noch kann die Lust zur Arbeit bei ihnen wachgehalten werden? Ich will niemand anklagen. Was heute über uns hereingebrochen ist, gleicht den Epidemien von Cholera und Pest, die unsere Vorfahren vor Jahrhunderten zehnteten. Aber wir haben lange genug zugesehen. Heute heißt es handeln. Gelegenheit zur Arbeit ist da. Tausende von Kilometern in unserem Bahnnetz sind erneuerungsbedürftig. Unsere Straßen warten der Verbesserung. Brücken fehlen zur Verbindung der Fernstraßen. Nach den großen Kriegen der Vergangenheit baute Napoleon, baute Friedrich der Große, um den Menschen Arbeit zu geben und den Wohlstand des Landes zu heben. Ich bezweifle sehr, daß sie Geld hatten. Sie hatten aber den Willen zu tun, was notwendig war. Aus den Erklärungen des neuen Reichskanzlers hörten wir, daß die Führer des deutschen Volkes wissen, was heute nottut. Möchte uns das neue Jahr Männer an der verantwortlichen Stelle zeigen, die neben der Einsicht den Mut zum Handeln haben.



Dieterich, Reichsverband des Zentralheizungs- und Lüftungsfaches E. V.

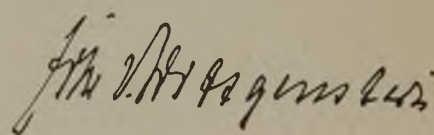
Die deutsche Zentralheizungsindustrie, führend und richtunggebend neben der amerikanischen, steht heute vor folgenden wirtschaftlichen Tatsachen: Der Umsatz ist auf 5 bis 10 v. H. ihrer Lieferungsfähigkeit gefallen, die Arbeitslosigkeit beträgt weit über 90 v. H., und der seit dem Ende der Inflation entstandene Produktionsapparat ist zu 70 bis 75 v. H. insolvent geworden. Bis zum Jahre 1915 bestanden in Deutschland etwa 1000 Zentralheizungsfirmen — fast ausschließlich Spezialfirmen. Heute sind es über 10 000 Gewerbebetriebe geworden, von denen die weitaus überwiegende Zahl wesensfremde, dem Fache fernstehende Elemente sind, die nur die Wirtschaftsnot hineingetrieben hat. Der Umsatzrückgang, abhängig von der rücklaufenden Entwicklung

des Bauhofes, ist nicht auf Mängel an Bedarf zurückzuführen, sondern zum weitaus größten Teil auf eine gewollte Zurückstellung vorhandenen Bedarfes. In Deutschland ist die Zentralheizung über etwa 15 v. H. aller Wohn- und Betriebsräume verbreitet, in Amerika ist die Verteilung etwa 80 bis 90 v. H. In Deutschland gibt es noch Zehntausende von Amts- und Dienstgebäuden und Geschäftshäusern, außer den Wohnungen, die alle immer noch nicht mit der wirtschaftlichen und hygienischen Sammelheizung versehen sind. Was das deutsche Zentralheizungsfach fordern muß, ist nicht etwa Subventionierung vom Staate, wohl aber Freimachen des zurückgestellten, jedoch vorhandenen Bedarfes an Behördenaufträgen durch Finanzierung mit auf einige Jahre verteilten Zahlungszielen der von den Behörden sicherzustellenden Auftragsummen, Ausschalten von Schleuderkonkurrenz und Korruption bei der Vergebung von Aufträgen durch eine vernünftige und wahrheitsgemäße Prüfung der Angebote auf wirtschaftlich vertretbare Preise, grundsätzliche behördliche Anordnungen, nach denen die Vergebung in öffentlicher Submission und nach Mindestpreisen ausgeschlossen wird und ferner gewerblicher Schutz des Faches gegen wesensfremde und volkswirtschaftlich schädliche Elemente, denen die technische Fähigkeit und die wirtschaftliche und moralische Zuverlässigkeit zu seiner Ausübung fehlt, durch Einführung des Untersagungsrechts in die Gewerbeordnung.



Frhr. von Wittgenstein Vereinigung Deutscher Eisenofenfabrikanten E. V.

Mit Recht ist in der Denkschrift der Verbände der deutschen Bauwirtschaft vom 17. März 1932 an den Herrn Reichskanzler hervorgehoben worden, daß die Bauwirtschaft die Schlüsselindustrie ist, mit der die gesamte übrige Industrie aufs engste verbunden ist. In der Belebung der Bauwirtschaft ist daher die Hauptaufgabe der jetzigen Regierung zur Behebung der Arbeitslosigkeit zu erblicken. Die für die Bauwirtschaft bisher aufgewandten Mittel reichen aber bei weitem nicht aus, um eine wirkliche Belebung des Baumarktes zu ermöglichen. Insbesondere ist dem Althausbesitz die Möglichkeit zu geben, jahrelang unterbliebene Instandsetzungsarbeiten, z. B. auch die Erneuerung der Koch- und Heizanlagen (Ofen) sowie der sanitären Anlagen nachzuholen und darüber hinaus durch Beseitigung unerträglicher Fesseln auch die Neubautätigkeit wieder der privaten Initiative der Unternehmer zuzuführen. Dazu ist die Aufhebung der mit Recht bekämpften Hauszinssteuer eines der wichtigsten Mittel. Die ursprüngliche Zweckbestimmung dieser Steuer ist durch die Entwicklung längst überholt und die Verwendung der Mittel auf Irrwege geleitet. Wurden in der Inflationszeit Luxusbauten aufgeführt, die dem tatsächlichen Bedürfnis nicht entsprachen, so scheint man jetzt durch Schaffung von Primitivbauten in das Gegenteil zu verfallen. Eine freie und steuerlich entlastete Bauwirtschaft wird allein die gesunde Anpassung an die Marktlage gewährleisten und der Industrie wie auch dem Handwerk Arbeit und Brot geben.



Dr. Passavant

Vereinigung der Elektrizitätswerke E. V.

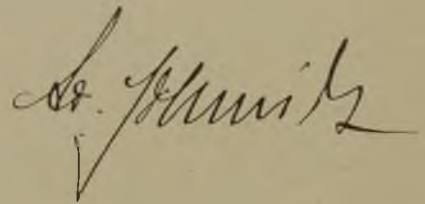
Die gesamte deutsche Wirtschaft erhofft und erwartet von dem anbrechenden Jahr zwar nicht eine grundlegende und durchgreifende Besserung ihrer Lage, so doch ein allmähliches Wiederkehren von Vertrauen und Arbeitsmut. Zu denjenigen Zweigen, die am härtesten von der Krise betroffen wurden, gehört das Baufach, und es gibt kaum einen anderen Wirtschaftszweig, der hiervon nicht aufs schärfste mitbetroffen wäre. Wenn wir dies von seiten der „Vereinigung der Elektrizitätswerke“ zum Ausdruck bringen, so ergibt sich schon hieraus, daß auch das Elektrofach durch eine Wiederbelebung des Bauwesens einen erheblichen Aufschwung erfahren würde. Soweit der allgemeine Hochbau, der Industriebau usw. in Frage kommen, bietet die Elektrizität bautechnische Neuerungen, von denen erhebliche wechselseitige Vorteile ausgehen dürften, z. B. das elektrische Schweißen. Durch das Eindringen der Elektrizität wird der Wohnungsbau durchgreifend umgestaltet; deshalb ist die Entwicklung des Wohnungsbaues für das Elektrofach von hoher Bedeutung. Auch heute noch begegnet man in Baufachkreisen vielfach der Meinung, daß Elektrizität lediglich zur Beleuchtung, allenfalls noch zur Inbetriebnahme einiger Hausgeräte diene. Daneben setzt sich indessen immer mehr die Erkenntnis durch, daß der Baufachmann nicht mehr an der Entwicklung der Elektrowärme, insbesondere für die Versorgung der Küche, vorbeigehen kann und, als mindestes, entsprechende Leitungsverlegung berücksichtigen muß. Neben der Bedeutung des Baues neuer Häuser ist im Sinne gesunder Volkswirtschaft an die Erhaltung und Neugestaltung vorhandener Baulichkeiten zu erinnern. Gerade in bezug auf die Sachwerterhaltung alter Wohnhausbauten kann durch neuzeitliche Installationsausgestaltung, durch Versorgung der Wohnungen mit elektrischem Licht, elektrischer Frischluftzufuhr, elektrischer Kühlung und elektrischer Wärme vieles geschehen. In einer engen Zusammenarbeit zwischen Baufachmann und Elektrofachmann liegt also nicht nur die Möglichkeit einer kräftigen Belebung der gesamten Elektrizitätswirtschaft — der Fabrikanten sowohl wie der stromliefernden Werke, der Installateure und der Händler —, sondern auch die Aussicht auf wertvolle neue Gesichtspunkte und Anregungen, deren Verfolgung im Interesse des Baufaches auf das lebhafteste zu wünschen wäre.



Schmidt, Berliner Städtische Gaswerke A.-G.

Die Gasindustrie, deren Haupterzeugnis, das Gas, zum größten Teil in die Häuser geleitet und dort verbraucht wird, hat naturgemäß größtes Interesse an der Belebung der Bautätigkeit. Eine solche Belebung bedeutet eine Erweiterung ihres Wirkungsbereiches, mit der die Möglichkeit größeren Gasabsatzes verbunden ist. Ich möchte aber diese Frage nicht allein aus dem engen Gesichtskreis des Nutzens der Gaswerke, auch nicht aus dem der Beschäftigungsmöglichkeit einer ungeheuren Zahl von Arbeitern und Angestellten behandeln. Mir liegt vielmehr daran, hier darauf hinzuweisen, daß die deutsche Gasindustrie eine Art von Schlüsselstellung einnimmt; das soll heißen, daß ihre Tätigkeit von entscheidender Einwirkung auf zahllose Gewerbe und Industrien, von der Gewinnung der Kohle bis zum Kleingewerbebetrieb,

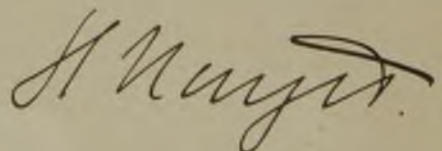
ist. Bei ihrer innigen Verknüpfung mit der Volkswirtschaft darf sie als eine der wichtigsten Verteilungsstellen der wirtschaftlichen Anregungen, die von der Belebung des Bauparkes ausgehen, gelten. Das Bauwesen wird also seinerseits gewisse Verpflichtungen, die es aus volkswirtschaftlichen Gründen gegen die Gasindustrie hat, nicht außer acht lassen dürfen. Es wird aber diesen Verpflichtungen um so bereitwilliger nachkommen, als erhöhte Gasverwendung gleichzeitig im privatwirtschaftlichen Interesse der Bevölkerung liegt. Es kann hier nicht auf die Frage eingegangen werden, welcher Art der Wärmeversorgung in Haus, Gewerbe und Industrie der Vorzug zu geben ist. Diese Frage, die gegenwärtig zu einem scharfen Kampf der verschiedenen Energiearten geführt hat, bedarf sehr eingehender Behandlung. Mein Wunsch ist, daß sich alle an der Bautätigkeit beteiligten Kreise aufs gründlichste mit ihr beschäftigen, da sie nicht nur für die Bewohner eines Hauses, sondern auch für die Erbauer eine Angelegenheit von wohnungstechnisch und wirtschaftlich weitgehendster Bedeutung ist.



Dr.-Ing. E. h. Narjes

Verband Deutscher Edelputzwerke E. V.

Zweifellos die erste Jahreswende seit langer Zeit, die trotz aller noch bestehenden Wirrnisse zur Hoffnung berechtigt, daß es aufwärts geht. In einer solchen Zeit ist es mehr denn je Pflicht einer jeden Regierung, ihre besondere Aufmerksamkeit der Bauwirtschaft, die leider fast immer noch völlig darniederliegt, zu widmen. Die da und dort festzustellenden Belebnungsansätze sollten bis zum Beginn der Bausaison 1933 die Stützung erfahren, die allein es ermöglicht, jedem, der bauen will und bauen muß, sein Vorhaben wesentlich zu erleichtern. Bei der überaus wichtigen und unbestrittenen Schlüsselstellung der Bauwirtschaft muß deren von oben geförderte Belebung sich zum Wohle nicht nur der gesamten Wirtschaft, sondern des ganzen Volkes auswirken. Die Fragen, inwieweit bezüglich der Hauszinssteuer im Rahmen des gesamten Finanzprogramms weitere Erleichterungen geschaffen werden und ob die finanzielle Hilfe des Reiches nicht überhaupt auf breitere Basis gestellt werden kann, sollten bei der Wichtigkeit, die dem Bauen zukommt, an zuständiger Stelle zum Gegenstand gründlichster Prüfungen werden. Besonders wichtig ist dann neben weiterer Zinsverbilligung die Herabsetzung der Frachten, die die meisten Bauartikel unerträglich belasten. Hier sollte im Einvernehmen mit der Reichsbahn unbedingt Wandel geschaffen werden. Schließlich sollten Staat und Wirtschaft trotz aller Finanznot dem „soliden Bauen“ größte Beachtung schenken, denn damit dienen sie nicht nur den jeweiligen Bauherren, sondern auch dem Volksganzen.



Siemssen, Kalkindustrie

Arbeitsbeschaffung soll unsere Wirtschaft aus der Erstarrung befreien, in welche sie der Krieg mit seinen außen- und innenpolitischen Folgen gebracht hat. Wenn dieser groß angelegte Versuch nicht nur zu einer vorübergehenden Belebung führen soll, so ist neben außenpolitischer Beruhigung die unerläßliche Bedingung, daß im Innern unseres Vaterlandes Friede und Achtung an die Stelle von Hetze und Haß treten. Als künstliche Maßnahme kann Arbeitsbeschaffung nicht produktiv sein. Ordnet man die verschiedenen Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung nach dem Nutzen für die Allgemeinheit, so gehört an die erste Stelle die städtische Siedlung. Die Befreiung des Bewohners der Großstadt von deren zersetzenden Einflüssen, die Bindung auch des gewerblichen Arbeiters an die Scholle in einem kleinen Haus mit Garten macht ihn krisenfest gegen den Linksradikalismus, verbilligt und erleichtert ihm seine Ernährung und gibt ihm sein Heimatgefühl zurück. Mit so geschaffenen Werten, die auch in der Zukunft ihre Bedeutung behalten werden, ist die körperliche und seelische Gesundung unseres Volkes verbunden. Die hierfür verbrauchten Kapitalien sind niemals nutzlos vertan, wenn wir uns nicht in neue Bauweisen verlieren, wie es leider vielfach in der Nachkriegszeit geschehen ist. Wir sollten nicht industriell hergestellte Wohnmaschinen errichten, deren Lebensdauer und Gebrauchswert unerprobt sind, sondern Häuser aus bewährten Baustoffen in handwerksgerechter Bauweise, die ihre Eignung durch Jahrhunderte bewiesen haben. Dann ist Siedlung der schnellste und nützlichste Weg zur Belebung der gesamten Wirtschaft.

Siemssen

Dr. Klefenz, Reichsverband der Deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie E. V.

Die Wünsche und Forderungen der Pflasterstein- und Schotterindustrie gehen zunächst dahin, daß man dem Straßenbau die ihm volkswirtschaftlich, verkehrstechnisch und sozialpolitisch zukommende Bedeutung voll und ganz einräumt. Dazu gehört, daß vor allem die durch die Kraftverkehrswirtschaft jährlich aufzubringenden Abgaben in Höhe von rund 500 Millionen RM dem Wegebau zugeführt werden und nicht zu anderen allgemeinen Zwecken Verwendung finden. Es ist zu bedenken, daß mit dem Verfall der Straßen jährlich viele Milliarden des Volksvermögens zugrunde gehen und für die spätere Instandsetzung der Straßen immer neue und höhere Be-

träge aufgebracht werden müssen. Weiter muß im volkswirtschaftlichen Interesse gefordert werden, daß die Verwendung von Steinmaterial im Straßenbau gefördert wird, um der Steinindustrie, einem alteingesessenen Gewerbe, das gerade in den ärmsten Gegenden Deutschlands zahlreiche Arbeiter zu beschäftigen in der Lage ist, Existenzfähigkeit zu bieten. Es ist endlich ausdrücklich zu fordern, daß die ganz unangemessene Bevorzugung der Betriebe der öffentlichen Hand, wie beim Beschaffungsprogramm für Straßenbau geschehen, aufhört, da dieses Vorgehen zum Zusammenbruch der privaten Betriebe, die letzten Endes die Steuern für den Staat aufzubringen haben, führen muß.

Hölscher

Hölscher, Verband Deutscher Tapetenfabrikanten

Die Lage der deutschen Tapetenindustrie ist an einem sehr kritischen Punkt angekommen. Durch die Not der Bauwirtschaft hat auch der Tapetenumsatz eine erhebliche Einbuße erfahren, zumal bisher für Neu- und Siedlungsbauten etwa 20 v. H. des Umsatzes verbraucht wurden. Für Altwohnungen werden den Besitzern durch die hohen und man kann ruhig sagen unmoralischen Hauszinssteuern die Mittel genommen, um ihren Besitz durch notwendige Reparaturen vor dem Verfall zu schützen. Dahin gehört auch die Neutapezierung der Wände, die sich, auch vom hygienischen Standpunkt, in einem bedauerlichen Zustande befinden. Die Regierung sollte sich doch klar darüber sein, daß durch den unaufhaltbaren Verfall der Häuser dem deutschen Volksvermögen ein ungeheurer Schaden zugefügt wird. Weiter ist die Beschäftigung der Tapetenindustrie durch die vielen Exportschwierigkeiten, die dem deutschen Export von fast allen Ländern gemacht werden, außerordentlich zurückgegangen. Man kann deshalb nicht dringend genug die Forderung aufstellen:

Fort mit der vernichtenden Hauszinssteuer und Schaffung von Hypothekengeldern zu einem tragbaren Zinsfuß.

August Mörsen

Weitere Äußerungen folgen im nächsten Heft.

GRUNDLAGEN DER BAUGESTALTUNG UNSERER ZEIT

Professor Hans Freese, Dresden

Selten sind die Spannungen in der deutschen Architektenschaft so groß gewesen wie in der Gegenwart, wo alle Grundlagen einer Wandlung unterliegen. Wer die Bedeutung der Grundeinstellung für das Urteil, ja für die Möglichkeit, Eindrücke überhaupt aufnehmen zu können, kennt, wird sich angesichts der schnellen Entwicklung über die Schärfe des gegenseitigen Urteils nicht wundern. Es könnte dies auch eine harte, klare Witterung

sein, die dem Leben und der Produktion nur förderlich wäre. Es mutet aber wie die babylonische Sprachverwirrung an, wenn das Urteil über künstlerische Qualität z. B. aus der Einstellung zu gesellschaftlichen Tatsachen gewonnen wird, wenn mit anderen Worten in der einen Kategorie gewonnene Urteile ohne Besinnung auf die andere Kategorie übertragen werden. Dann ist allerdings ein gegenseitiges Verständnis nicht mehr möglich,

da man zuletzt gar nicht mehr weiß, um was der Streit eigentlich geht.

Selbstverständlich kann ein wirkliches Urteil im Einzelfalle nur intuitiv gewonnen werden. Aber so paradox es sein mag, gerade der, der das Heil nicht in der einseitigen Betonung einzelner Bedingungen, sondern in dem Gleichmaß der Auswirkung aller ein Bauwerk bedingenden Einflüsse sieht, fühlt sich veranlaßt, wie ein Anatom die Grundlagen der Baugestaltung aus ihrer organischen Verbundenheit zu lösen und isoliert zu betrachten. Offenbar kommt es uns dabei nur auf eine Untersuchung derjenigen Grundlagen der Baugestaltung an, die durch ihr Gebundensein an den Wandel der Zeit tendenziös zu wirken vermögen. Es sollen daher die ewigen Gesetze der Kunst ebenso außer Betracht bleiben wie die persönlichen Fähigkeiten des Einzelnen. Wir gliedern unsere Auseinandersetzung demgemäß nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Technik,
2. Gesellschaftsstruktur,
3. zeitgebundene künstlerische Einstellung.

Den Einfluß der drei genannten, zeitgebundenen Grundlagen auf die Baugestaltung zeigt ein kurzer geschichtlicher Hinweis. Die Bedeutung der Einführung des Gewölbes für die Entwicklung des gotischen Kirchenbaues spricht für die Technik. Das Verhältnis mittelalterlicher Dome zu einem kleinen Stadtgebilde, die Hauptstraße von Augsburg mit ihren prächtigen, individuell betonten Bürgerhäusern, der regelmäßige, auf das Schloß bezogene Stadtplan von Karlsruhe sind zureichende Zeugen des Einflusses einer veränderten Gesellschaftsstruktur. Die Tatsache, daß das griechische Vasenbild, zunächst zwar vom ägyptischen flächenhaften Relief beeinflusst, überraschend schnell die in Ägypten offenbar streng verpönte Verkürzung entwickelt, beweist die Verschiebung der geistig-künstlerischen Grundlagen. Sie wird dann im Gegensatz der streng gebundenen ägyptischen Plastik zur im Raum frei bewegten griechischen Skulptur vollends sichtbar.

Um klar zu sehen, muß noch auf die starke Verbundenheit der Kategorien verwiesen werden, die sich andererseits auch wieder autonom verhalten. Es ist nicht zu leugnen, daß die Technik im vergangenen Jahrhundert weitgehend die Bevölkerungszunahme und damit eine Änderung der Gesellschaftsstruktur bewirkt hat, daß letztere dagegen wiederum auf die Entwicklung der Technik von großem Einfluß war. Es ist viel darüber gestritten worden, ob die Technik die künstlerische Form bestimme oder ob nicht vielmehr der künstlerische Formwille die neuen Formen der Technik erzwingt. Wenn auch die Antwort auf diese, kaum zu beantwortende Frage wesentlich von der Einstellung des Beurteilers zu den Kategorien abhängt, so beweist ihre Existenz doch die enge Verbundenheit von Technik und künstlerischer Anschauung. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß es zu allen Zeiten trotz aller äußeren Geschehnisse eine autonome Kunstentwicklung gegeben hat, wie sie sich in der Entwicklung von der Frühgotik zur Spätgotik, von der Renaissance zum Rokoko zeigt.

Der Einfluß der Technik

Der Ruf der Technik ist heute heiß umstritten. Geben die einen ihr fast göttlichen Rang, so sprechen die anderen von Überspannung und machen sie für die heutigen Mißstände verantwortlich. Die Technik hat zur Aufgabe, den Menschen aus seiner Abhängigkeit von der Natur zu befreien, und ihr Ethos liegt darin, diese Aufgabe auf die vollkommenste Art zu erfüllen. Sie drängt daher stets auf Höchstleistung: die größte Spannweite, die mög-

lichste Lichtstärke, die höchste Geschwindigkeit, die leistungsfähigste Maschine. Wenn ihre Geschenke an die Menschheit zum Danaergeschenk wurden, so ist das nicht Sache der Technik selbst, sondern ihrer Anwendung. Ob nun im letzten Jahrhundert die chemischen Entdeckungen Liebig's in der Landwirtschaft die falsche Meinung aufgenommen ließen, man könne durch Düngung beliebig den Rohrertrag, und mit dem Rohrertrag auch den Reinertrag steigern, oder ob nach dem Kriege manches Industrierwerk an übertriebener Rationalisierung zugrunde ging, immer war es die falsche Anwendung der Technik und der blinde Glaube an sie, nicht die Technik selbst, die man verantwortlich machen muß. Wie lange hat es gedauert, als die Glühlampe schon zu größter Leistung vervollkommen war, bis man durch Untersuchung der Gesetze der Blendung, der Reflexion und des Standortes der Lampe für den Einzelfall den richtigen Typ der Beleuchtung feststellen lernte und so diesen Zweig der Technik richtig einzugliedern verstand. Immer aufs neue wird die Technik revolutionär die bestehende Ordnung stören, und immer wieder wird die Betriebslehre ihre Ergebnisse in den Einzelfall eingliedern, immer wieder aber wird zwischen beiden Erscheinungen eine Zeit liegen, in der durch falsche Anwendung der Technik manche Existenz vernichtet wird. Selten verläuft eben eine Revolution ohne Blutvergießen und Leiden.

Eine weitere Eigenart der Technik besteht darin, daß ihre Ergebnisse Allgemeingültigkeit haben und überall auf der Welt reproduzierbar sind. Das muß alle Diejenigen zu einer Betonung internationaler Typisierung führen, die in der Technik das Heil der Welt sehen. Was es aber damit auf sich hat, wenn man dabei Technik und Kunst verwechselt, das hat Corbusier bereits klargelegt, wenn er darauf aufmerksam macht, daß zwar die künstlerische Form eines vor 3000 Jahren entstandenen Kunstwerkes uns heute noch vollkommen erscheinen könne, während ein vor zehn Jahren gebautes Auto uns heute ein Gruseln erweckt. Diese Erscheinung rührt daher, daß sich die Technik, im Gegensatz zur Kunst, die sich nur wandelt, ständig vervollkommenet. Ihre Ergebnisse sind daher weder rückgängig zu machen, noch sind die Auswirkungen dieser Ergebnisse auf die Dauer zu verhindern. Eine reaktionäre Ablehnung neuer technischer Formen dürfte also sinnlos sein, wie man denn in diesem Zusammenhang der Leiden einer Gemeinde gedenken sollte, die einst aus solcher Gesinnung der Führung einer Eisenbahnlinie durch ihr Gebiet widersprach. Daß aber trotz aller Vervollkommnung niemals die neue technische Form das ganze Anwendungsgebiet erobert, zeigt ein Blick auf die Landwirtschaft, deren stärkere organische Gebundenheit dies deutlicher erkennen läßt. Die ursprüngliche Form des Pflanzstockbaues ist zwar durch die Erfindung des Pfluges weitgehend verdrängt worden, hat sich aber überall dort gehalten, wo unebenes Gelände oder intensive Kultur der einzelnen Pflanze die Anwendung des Pfluges verbietet. So hat auch jede technische Form ihr typisches Anwendungsgebiet, wenn sich die Kreise auch vielfach überschneiden.

Wie soll sich nun der Architekt auf Grund der geschilderten Tatsachen der Technik gegenüber verhalten? Soweit er selbst zum wirklichen technischen Erfinder wird, wird man ihm nicht spießbürgerlich nachzurechnen haben, wenn er im Rausch der Begeisterung einmal über das Ziel hinausschießt. Im allgemeinen aber fällt gerade dem Architekten die Aufgabe zu, die Ergebnisse der Technik in den Einzelfall einzugliedern. Dann aber wird das von unserem Standpunkt zu fällende Urteil ebenso die Haltung des technischen Reaktionsärs verurteilen, wie die sinnlose, ehrgeizige Anwendung neuer Bauweisen an ungeeigneten Stellen.

ENTWICKELT SICH EIN BAULICHER AUSDRUCK DER GEGENWART?

Regierungsbaumeister Dipl.-Ing. Friedrich Heiss, Berlin

Hat der erbitterte Kampf der letzten Jahre heute noch Sinn? Sind wir nicht inzwischen durch die unfreiwillige Muße ein gutes Stück weiter gekommen? Spricht nicht vieles dafür, daß wir in der Gestaltung irgendwie an der Schwelle einer neuen, herben, strengen Klassik sind, zu der sich das traditionsgebundene Bauen abklärt und in die das Neue Bauen einmünden dürfte? Weswegen ist bei unserem Nachwuchs eine stärkere Vereinheitlichung der Gestaltungsgesinnungen festzustellen? Sollte dies die Vorbereitung einer Synthese als Ausdruck des veränderten Gesichtes unserer Zeit sein. Naturgemäß ist es schwierig und gefährlich, Strömungen zu beurteilen, die wir erleben; es wäre auch nicht der richtige Zeitpunkt, eine Prognose zu stellen. Trotzdem soll über diese wichtige Frage eine Aussprache in Bild und Wort eröffnet werden

mit dem Ziel, Gegensätze zu glätten und anzuregen. Vielleicht geben die Bilder auch denen, die schwankend sind, nachdenklichen Stoff.

Die nachfolgende Auslese aus der Fülle der in Frage kommenden Gestaltungen geschah unter Verwendung von zur Verfügung stehenden Lichtbildern. Sie sollen lediglich im weiteren Rahmen eine Formensprache ausdrücken, von der man sich etwas erhoffen dürfte und in keiner Weise eine betriebliche und technische Wertung des Bauwerkes darstellen. Eine Gegenüberstellung von typischen Gestaltungen unserer Zeit mit Lösungen derselben Aufgabe vor 10 oder 20 Jahren wäre außerordentlich lehrreich. Möchte dieser Versuch erreichen, was er bezweckt, die Frage der Baugestaltung einer Lösung näherzubringen.



Handelskammer Dortmund
Gestaltung: Pinno und Grund
Dortmund



Handelskammer Dortmund. Gestaltung: Pinno und Grund, Dortmund



Ausstellungshalle in Köln
Gestaltung: Adolf Abel, München





Erholungsheim Urach
Gestaltung: Adolf G. Schneck, Stuttgart

Dienstgebäude der Reichspost, Memmingen



Treppenraum eines Dienstgebäudes
der Reichspost in Nürnberg



Wohnraum. Gestaltung:
Wolfgang von Wersin, München



Lagergebäude im Hafen von Köln
Gestaltung: Hans Mehrrens, Köln



Packraum Postladebahnhof
Pirmasens



Postamt Tegernseerlandstraße, München

Siedlung Berlin - Reinickendorf
Gestaltung: Otto R. Salvisberg, Zürich





Stadion Nürnberg. Gestaltung: Otto E. Schweizer, Karlsruhe



Stauwehr Horkheim. Gestaltung: Paul Bonatz, Stuttgart

Der Einfluß der Gesellschaftsstruktur

In rein technischen Fragen entscheidet meist der Architekt als Vertreter des Bauherrn. Bei Fragen des Zwecks und der Organisation des Bauwerkes des Bauherr selbst. Dieser ist also der eigentliche Träger des Einflusses der Gesellschaftsstruktur auf die Baugestaltung. Die Niederschläge der sich allmählich wandelnden Gesellschaftsstrukturen verwischen sich in unseren Städten. Die zutreffenden Stadtbilder sind deshalb nur in der Phantasie vorstellbar. Drei Entwicklungsstufen heben sich seit der Mitte des verflorenen Jahrhunderts mit einiger Deutlichkeit heraus.

Die führenden Bauherrn der ersten Stufe waren Einzelpersonen, insbesondere private Unternehmer. Sie bestimmen die allgemeine Haltung. Äußerst lebendig und beweglich zwar, organisieren sie vor allem ihre eigenen Belange. Die Verwaltung nimmt in erster Linie ihre Interessen wahr. Die Stadt als Ganzes bleibt unorganisiert, der Stadtplan wird nur nach Bedarf erweitert, wobei die Interessen der Grundbesitzer zuungunsten der Allgemeinheit meist im Vordergrund stehen. Geschäfts-, Wohn- und Industriegebiete werden nicht getrennt, und Verkehrsbeziehungen bleiben vielfach ungelöst. Die Stadt bietet ein chaotisches Bild. Ornamente und Architekturformen aller Zeiten dienen in reichem Maße der Betonung der Individualität und der Repräsentation. Bürgerhäuser, Verwaltungsgebäude, Fabriken, Mietskasernen, selbst mit der Maschine hergestellte Gegenstände werden auch dann geschmückt, wenn der Schmuck dem Herstellungsvorgang unangemessen ist oder aus Mangel an Mitteln aus billigem Ersatz bestehen muß. Die persönliche Bequemlichkeit und die praktische Brauchbarkeit der Gebäude werden in weitem Maße der Repräsentation geopfert. Der Unterbringung der Masse der Bevölkerung dienen hygienisch unzureichende Wohnungen in hohen Mietskasernen auf tiefen Baublöcken. Spärliches dekoratives Grün wird vom Verkehr verstaubt. Selbst der Garten der Villen dient mehr der Repräsentation als dem Gebrauch, und das der Straße zugewandte Haus verzichtet auf eine gute Verbindung mit dem Garten. Der Übergang der Stadt in die umgebende Natur ist durch hohe, kahle Brandmauern von Mietskasernen gekennzeichnet, wie denn die Stadt überhaupt von einem Ring zwar noch unsichtbarer, aber durch Bodenwertbildung vorbestimmter, hoher und enger Bebauung eingezwängt wird.

Die führenden Bauherrn der zweiten Stufe sind Vereinigungen aller Art, wie Trusts, Konzerne, Arbeitnehmervereinigungen, insbesondere aber Genossenschaften und die, der allgemeinen Haltung entsprechend, sozial eingestellten Kommunen, wobei der Staat (Reich und Länder) zum Teil finanzielle Hilfe leistet. Der Sinn einer Vereinigung ist es, für das Wohl jedes einzelnen Mitgliedes zu sorgen, das dafür viel an individueller Haltung und freier Beweglichkeit opfert. Die Betonung der Individualität hört auf und damit auch die Verwendung von Ornament und Architekturgliederung. Die Repräsentation beschränkt sich auf die der Vereinigung selbst, wird aber auch hier infolge der allgemeinen Einstellung meist schamhaft zugunsten der Verwendung edlen Stoffes und technischer oder zum mindesten scheinbar technischer Formen zurückgedrängt. Selbst das Bürgerhaus wird einfach aber behaglich, wendet sein Gesicht dem Garten zu und sucht engste Verbindung mit ihm. Die stärkere Bindung des einzelnen Menschen wird durch um so freiere Gestaltung des Privatlebens ausgeglichen. Die Forderungen der Hygiene auf Licht, Luft

sanitäre Anlagen und Grün kommen voll zur Geltung. Grünverbindungen, die zu Sport- und Spielplätzen benutzt werden, durchziehen die Stadt und stellen die Verbindung zur Natur her. Der Baublock der Mietskasernen wird schmaler, bis er als Zeilenbau ganz ins Grün gestellt wird. Das Interesse wendet sich in erster Linie neben dem Kleinwohnungsbau den Bauten zu, die der Volksgesundheit dienen, wie Schulen, Krankenhäusern, Stadien und Bädern, ferner den Stätten der Arbeit und des Verkehrs. Die Betonung der gemeinsamen Interessen fördert die Typisierung. Die vom Ornament befreite Maschinenarbeit erreicht mit ihr einen ungeheuren Aufschwung. Alle Hilfsmittel der Technik werden zur Förderung der Hygiene, zur Erleichterung der Arbeit und des Verkehrs und zur Bequemlichkeit ausgenutzt. Beim Kleinwohnungsbau sucht man der dadurch bedingten Kostensteigerung durch teils übertriebene Raumbeschränkung zu begegnen. Der technisch bedingte Begriff der Funktion und die Reihung bestimmen jetzt die architektonische Gestaltung. Die Lichtöffnungen werden vergrößert, die Fassaden aufgerissen und die Verwendung von Fensterglas manchmal ins unwirtschaftliche gesteigert, zumal damit vielfach die ästhetische Gestaltung des Äußeren bestritten wird. Die bauliche Sorge für das Wohl des Einzelnen geht zum Teil so weit, daß das Ergebnis für ihn wirtschaftlich nicht mehr tragbar bleibt. Angeregt durch die Villenviertel Wohlhabender, wendet sich auch der Kleinwohnungsbau zu Beginn der zweiten Stufe dem Einfamilienhaus mit Garten zu. Dieser Typ wird auch weiterhin besonders von seiten des Staates gepflegt, charakteristisch aber ist für die zweite Stufe die Ausbildung des Mietshauses, dessen Entwicklung in Entwürfen zu Wohnhochhäusern mit Laubengängen und Aufzügen ausklingt. Der Sinn für Gemeinschaft dehnt sich auf die geistige Arbeit der Stadtplanung aus. Alle Kräfte vereinigen sich zur Aufstellung eines Generalbebauungsplanes, der die Verteilung von Industrie-, Wohn- und Geschäftsvierteln regelt, den Verkehr organisiert und Grünflächen aussondert. Ein pyramidalen Aufbau der Stadt und die Sprengung des Bodenwertgürtels wird angestrebt. Allmählich überschreitet die Planung die politischen Stadtgrenzen und weist als Landesplanung bereits auf die dritte Stufe hin.

Das Bild dieser dritten Stufe ist noch undeutlich. Ob die Entwicklung der zweiten Stufe schon abgeschlossen ist, steht dahin. Möge das Bild von jedem nach seiner Meinung berichtigt werden, übergehen durfte es der Verfasser trotz aller Abneigung gegen Prophezeiungen des Zusammenhanges wegen nicht. Es hat den Anschein, als ob sich die deutsche Entwicklung von der Zeit der blühenden Städte des Mittelalters zum Absolutismus noch einmal wiederholt. Führender Bauherr der dritten Stufe ist der Staat, und zwar in erster Linie das Reich. Es scheint demgemäß nicht ausgeschlossen, daß sich die Landesplanung vielleicht zur Reichssiedlungsplanung weiter entwickelt. Allgemeine Organisation schränkt die Bewegungsfreiheit des Einzelnen noch weiter ein. Das Interesse, das bis jetzt sich hauptsächlich auf die Städte richtete, wird auf das flache Land ausgedehnt. Der autoritäre Staat hat zu allen Zeiten den Bauern als stärkste Grundlage der Bevölkerung gefördert und gegen den Großbesitz geschützt. Dem Staat kommt es grundsätzlich auf die wirtschaftlich gesunde Existenz des Einzelnen an. Er kann aber nur für das Minimum sorgen, zumal er offenbar meist in armen Zeiten die Führung übernimmt. Sprengung der Stadtgrenzen und Verlegung der Industrie auf das platte Land, um dem Arbeiter durch kleinbäuerliche Betätigung krisenfester zu machen, Vor-

stadtsiedlung, landwirtschaftliche Siedlung und Schaffung neuer Bauernstellen stehen im Vordergrund der Überlegungen. Wenn überhaupt, wird alles aber nur in bescheidenstem und sparsamstem Rahmen ermöglicht werden können.

Was verlangt nun die Kritik von unserem Standpunkt in dieser Kategorie vom Architekten? Er möge die Einstellung seines Bauherrn zu klären suchen, dann aber ungeschminkt zum Ausdruck bringen. Oft wird dies nicht einfach sein, da ihm Bauherren der verschiedensten Entwicklungsstufen begegnen können.

Der Einfluß der künstlerischen Einstellung

Für die Wandlung der künstlerischen Einstellung den Generalnenner zu finden, ist nicht einfach, weil ein Teil der zu gleicher Zeit lebenden Künstler noch der im Schwinden begriffenen Einstellung huldigt, andere in die Zukunft vorweisen. Das allgemeine Interesse galt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht so sehr der Architektur, als der Malerei des Impressionismus. Das hat sicherlich seine tiefen Gründe, zumal offenbar auch die Architektur eigentlich als Bild betrachtet wurde, obwohl sie faktisch natürlich stets ein räumliches Gebilde bleibt. Man sprach sogar von malerischer Architektur und malerischem Städtebau. Wohl kaum wurden die einzelnen vom Bauwerk hervorgerufenen Bilder zu einer Gesamtvorstellung vereinigt, da man sich nicht scheute, Prachtfassaden mit öden Brandgiebeln und kahlen Hinterfronten zu vereinigen und sich nicht durch einen Widerspruch zwischen äußerer Erscheinung, Innenräumen und Konstruktion stören ließ, wie denn Rabitz in reichlichen Gebrauch geriet. Man konstruierte Schaubilder von einem Hauptpunkt aus und änderte nach deren Ausfall den Entwurf. Anfangs sah man nur sein eigenes Gebäude, was zur Rücksichtslosigkeit gegen den Nachbarn führte, später bezog man Nachbarhäuser und Natur in das Bild ein, was wiederum bisweilen Vergewaltigungen des eigenen Baus verursachte. Man schulte sich an den subtilen Wirkungen des Barocks und erfreute sich an dem Raffinement der perspektivischen Täuschungen dieser Zeit. Man pflegte den relativen Maßstab und vergaß darüber leicht einmal die Bedeutung des absoluten Maßstabes. Nicht immer stimmte die äußere Erscheinung mit dem inneren Sinn des Gebäudes zusammen. Ornamente und Architekturformen verloren meist ihren ursprünglichen Sinn und dienten nur der malerischen Bewegtheit. Man rechnete allein mit der Freude des Auges. Die Architekturphotographie vermittelte Eindrücke aus aller Welt, aber ihre Täuschungen hinsichtlich des absoluten Maßstabes und des Bildausschnittes entgingen vielfach der Aufmerksamkeit. Daß Tastsinn und die psychischen Einwirkungen durch das Gehör und die Funktionen des Körpers außer Betracht blieben, wurde leicht vergessen. Dagegen forderte die Beschränkung auf das reine Sehen Reichtum der Erscheinung, eine Forderung, die bereits nachließ, als man den natürlichen Reichtum der Natur in das Bild einbezog.

Raumangel zwingt uns, auf die Darstellung der an sich allmählich sich vollziehenden Wandlung zu verzichten. Heute ist man bestrebt, alle aufeinanderfolgenden Bilder, die ein Bauwerk bietet, einschließlich der Gehörseindrücke und der Erlebnisse des Körpers, zu einer einheitlichen Vorstellung zu vereinigen. In der so gewonnenen Vorstellung liegt der eigentliche künstlerische Genuß. Vielleicht dürfen wir in dieser Einstellung den Einfluß des unser geistiges Leben beherrschenden Zeitbegriffes sehen. Ob damit eine neue künstlerische Epoche beginnt, ist Sache des Glaubens. Jedenfalls läßt sich ein

Drang zur Einfachheit und Klarheit feststellen, der vielfach Frühzeiten der Kunstepochen begleitet.

Was wird eine Kritik von unserem Standpunkt aus hier beachten? Übereinstimmung von Erscheinung und tragender Konstruktion, wobei schon wegen der meist notwendigen Isolierung die Konstruktion nicht unbedingt gezeigt werden muß. Sie soll aber ebensowenig im Widerspruch zur Erscheinung stehen, wie das Knochengüst des Menschen zu seinem Äußeren. Übereinstimmung von Erscheinung und Zweck führt zur Betonung des Begriffes der Funktion, der sowohl der Veranschaulichung des Gebrauches durch den Menschen, als der Darstellung technisch praktischer Vorgänge dient. Je mehr sich jedoch der Sinn der Gebäude über rein praktische Zwecke erhebt, desto weniger wird der Begriff der Funktion zur Gesamtgestaltung ausreichen, auch dann nicht, wenn edles Material verwandt wird. So muß vielfach den Bauten der letzten Jahre der Vorwurf gemacht werden, daß sie sich einer Eingliederung in natürliche Rangstufen entziehen. Je mehr die Bedeutung eines Baues ins geistige vorstößt, desto mehr wird die Geometrie mit ihrer Klarheit, aber auch ihrem Geheimnis als die ursprüngliche Grundlage des menschlichen Schaffens in ihre Rechte treten. Ob dabei Bauplastik und Ornament wieder zum Leben erwachen, möchte in dem Maße bejaht werden, als sie als reine Kunst auftreten und sich ihrer ursprünglichen magischen Bedeutung erinnern. Im Sinne der dekorativen Betonung der Individualität scheint ihre Aussicht gegenüber der Verwendung edlen Materials zunächst wenigstens gering zu sein. Die innigere Beziehung des Menschen zum Bauwerk wird die Bedeutung des absoluten Maßstabes steigern. Bei der Eingliederung eines neuen Baues in die Natur oder eine geschichtliche Umgebung wird es weniger auf Verwendung „angepaßter“ Formen, als auf künstlerischen Takt ankommen. Nur echtes paßt zu echtem und Harmonie läßt sich nicht gewaltsam erzwingen. Oft entsteht die Harmonie sogar gerade aus dem Gegensatz von Natur und menschlichem Schaffen, wie solches den Anblick moderner Bergstraßen beweist, oder aus dem Gegensatz künstlerischer Haltung, wie wir ihn im herrlichen Zusammenklang von Gotik und Barock vielfach beobachten können.

Haben wir so in bezug auf die einzelnen Grundlagen der Baugestaltung das Urteil zu klären versucht, so muß es jedem überlassen bleiben, wieder zu seinem intuitiven Gesamturteil zurückzukehren, das allein einem Bau gerecht werden kann. Eine Erörterung über die Querverbindung zwischen den Kategorien verbietet der Raumangel. Immerhin hofft der Verfasser, einiges zur Versachlichung des Urteils und zur Ausmerzung unnötiger Gegensätze beigetragen zu haben. Wahre Gegensätze müssen ehrlich ausgekämpft werden, wie denn der ehrliche Kampf stets der Vater aller Dinge bleibt.

Schlußbemerkung

Wir stehen an einer Wende unseres Schicksals. Die starke Bevölkerungszunahme und der steigende Bedarfsdruck hat Großvätern und Vätern zu einer produktiven Tätigkeit von phantastischem Ausmaß verholfen, die angesichts des Geburtenrückgangs nicht wieder zu erwarten steht. Es erhebt sich die bange Frage: Werden wir genau so langsam nur, wie das 19. Jahrhundert das Problem der Massenbildung übersehen lernte, das gegenteilige Problem mit seinen vielleicht viel erschütternderen Folgen verstehen? Werden Gedanken und Pläne an der harten Wirklichkeit nicht genau so zuschanden, wie im 19. Jahrhundert, so daß uns nichts übrig bleibt, als tapfer unser Weges zu ziehen?